

DP

DEUTSCHE POLIZEI

02/23

Das Magazin
der Gewerkschaft
der Polizei



Vertrauensleitarbeit

Solides Fundament





SIGNAL IDUNA 
füreinander da

Da für **Beschützende.**

Unsere leistungsstarken Versicherungen für die Polizei.

Es hat sich viel getan, seit SIGNAL IDUNA vor über 110 Jahren gegründet wurde. Eins ist immer geblieben: unser Anspruch, als Gemeinschaft füreinander einzustehen. Vor allem durch unseren Spezialversicherer, die Polizeiversicherungs AG, können Sie sich auf maßgeschneiderte Versicherungslösungen verlassen.

SIGNAL IDUNA Gruppe
Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst
Joseph-Scherer-Straße 3, 44139 Dortmund
Telefon 0231 135-2551
polizei-info@pvag.de
www.pvag.de



Foto: Kay Hirschelmann

IN EIGENER SACHE

Das Jahr hat zwar schon ein paar Tage auf dem Buckel, es ist jedoch noch früh genug, den Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP) nach seiner Sicht auf 2023 zu fragen.

DP: Lieber Kollege Kopelke, wie geht die GdP das neue Jahr an?

Jochen Kopelke: Die Ereignisse in der Silvesternacht haben zu einer kontroversen Debatte über die teils erschütternden Angriffe auf Einsatzkräfte geführt. Viel zu oft wird – vor allem aus dem politischen Bereich – davon gesprochen, dass „etwas gemacht werden muss“. Nur, wer macht es und wann? Das Schwadronieren ist keine Lösung, Konzepte und Verantwortlichkeiten dagegen schon. Wir wollen das Forum der Innenministerkonferenz nutzen, um unsere Forderungen voranzutreiben. Da in diesem Jahr das Land Berlin den Vorsitz von Bayern übernommen hat, sehe ich allein vor dem Hintergrund der räumlichen Nähe gute Chancen eines intensiven Diskurses. Liebe Frau IMK-Vorsitzende, liebe Frau Spranger, wir wünschen gutes Gelingen, bis bald.

DP: Du hast die Gewalt gegen Einsatzkräfte bereits angesprochen. Welche Baustellen möchtest Du schließen?

Kopelke: Dass wir unserem Dienstherrn ständig auf den Füßen stehen müssen, wenn es um echte Fürsorge, einen besseren Schutz und mehr Zeit zum Durchatmen und Gesundwerden geht. Solches Kümmern muss zur Selbstverständlichkeit werden. Natürlich helfen wir gerne mit, aber Politik und Führung immer wieder mit der Nase draufstoßen müssen, das muss doch nicht sein.

DP: Und es stehen Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst an? Was erwartest Du?

Kopelke: Ein vernünftiges Angebot der Arbeitgeber. Kommt das nicht, brauchen wir die Solidarität der Beschäftigten und Streikbereitschaft.

DP: Danke, auf geht's.

Titel

2 Solides Fundament

Innenleben

- 6 Das neue Team – Teil zwei
- 8 Bildung vernetzt – ein Rückblick
- 10 Stillsitzen geht nicht
- 18 Input Teambuilding Networking
- 21 Einbahnstraße oder Chance?
- 25 Es wird gefeiert!
- 28 „BITTE FOLGEN“
- 29 Auf dem Prüfstand

Im Gespräch

- 12 Gewalt im Hellfeld hat eine Bremswirkung
- 26 Im Streifenwagen digitaler werden

Hingeschaut

- 16 P20 nimmt weiter Gestalt an
- 23 Nur teilweise Entwarnung
- 30 Der Wunsch, die Grenzen zu verschieben

Hinterfragt

- 34 Der Spannungsbogen zwischen Freiheit und Sicherheit

Termin

- 40 Bikertreffen im Thüringer Wald

39 Eure Meinung

40 Impressum



GdP-Bundesvorsitzender Jochen Kopelke (m.) mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Elke Bündenbender.

Steinmeier verurteilt Silvesterangriffe auf Einsatzkräfte

Der Bundespräsident hatte Mitte Januar ins Schloss Bellevue geladen und GdP-Chef Jochen Kopelke folgte gern. Während des Empfanges im Berliner Amtssitz des

deutschen Staatsoberhauptes nutzte Kopelke die Chance, sich ein paar Minuten mit Frank-Walter Steinmeier ins Gespräch zu vertiefen. Wenig überraschend standen die aktuellen Ereignisse der Silvesternacht im Fokus des Meinungsaustausches. Der Bundespräsident ging zudem in seiner späteren Rede sehr nachdrücklich auf die Gewalt gegen polizeiliche Einsatzkräfte, Feuerwehrleute und Rettungskräfte ein. Angesprochen hatte der GdP-Bundesvorsitzende Steinmeier auch auf den Schutz der Demokratie sowie die mangelnde Wertschätzung polizeilicher Arbeit in der öffentlichen Wahrnehmung. ■



DENNIS KRISCHKER, VERTRAUENSMANN IN HAMBURG

Solides Fundament

Dennis Krischker ist Diensthundeführer im Schichtdienst. Der Hamburger Polizeibeamte kümmert sich jedoch nicht nur um seinen vierbeinigen Sprengstoffexperten und Schutzhund-Kollegen. Dennis ist auch Vertrauensmann der Gewerkschaft der Polizei. Und das noch recht frisch. DP fragte den 44-Jährigen, warum er das tut, warum er das in der GdP tut und nach seinen Wünschen für eine noch wirkungsvollere Vertrauensleutearbeit (VL).

Michael Zielasko

DP: Dennis, super, dass Du Dir nach Feierabend Zeit nimmst. Bitte erzähle erst einmal ein bisschen zu Deinem gewerkschaftlichen Hintergrund.

Dennis Krischker: Klar, gerne. Bei der GdP Hamburg habe ich seit gut einem Jahr den Vorsitz im Fachbereich Schutzpolizei inne und bin Vertrauensmann in meinem Bereich der Diensthundeführer.

DP: Kein leichter Beginn in der Coronazeit?

Krischker: Das stimmt. Das Vertrauensleuteseminar in Potsdam, an dem ich kürzlich teilnehmen konnte, war tatsächlich mein erstes GdP-Seminar auf Bundesebene. Und das Thema interessiert mich wirklich sehr.

DP: Wie bist Du auf den Gedanken gekommen, Vertrauensperson zu werden?

Krischker: Das war eine sehr bewusste Entscheidung. Ich bin erst vor rund zwei Jahren in die GdP eingetreten. In dieser Zeit hatte ich viele Gespräche mit einem jetzt pensionierten Kollegen, der bei den Hunden als Vertrauensmann für die GdP wirkte. Und der suchte einen Nachfolger. Die Aufgabe zu übernehmen, konnte ich mir vorstellen. Jetzt geht es mir vor



Foto: Marlene Rörer

allem darum, zu verdeutlichen, warum wir als Gewerkschaft wichtig sind. Ich habe das Gefühl, dass in der heutigen Zeit bei vielen Mitarbeitern die Gewerkschaftsarbeit eher eine untergeordnete Rolle spielt.

DP: Wie habt ihr die Vertrauensleutearbeit in Hamburg organisiert?

Krischker: Zuletzt haben wir einen engagierten Personalratswahlkampf mit guten politischen Themen geführt. Für mich erkennbar ist jedoch, dass wir noch mehr Kolleginnen und Kollegen begeistern müssen, den Weg mit uns zu gehen. Das ist unsere und auch meine ganz persönliche Herausforderung.

DP: Und das sollen vor allem Vertrauensleute sein?

Krischker: Generell notwendig sind mehr helfende Hände. Jetzt sollen Vertrauensleute ja nicht nur Kalender verteilen oder Flugblätter aufhängen. Wir wollen es jedenfalls schaffen, unsere GdP-Informationen besser unter die Kolleginnen und Kollegen zu bringen. Momentan sehe ich mich mit wenigen anderen oft allein auf weiter Flur. Klar ist doch, dass Du viel bewegen kannst, wenn

du gewerkschaftliche Arbeit auf mehrere Schultern verteilst.

DP: An welche Situationen denkst Du?

Krischker: Man hat gute Ideen, beispielsweise für die Einsatzbetreuung, aber du wirst halt ein bisschen ausgebremst, weil dir hier und da die Unterstützung anderer helfender Hände fehlt. Ohne Vertrauensleute, die sich damit identifizieren, hängst du hinten dran. Wir wollen nun die VL-Strukturen nachhaltig stärken.

DP: Warum setzt Du auf die GdP?

Krischker: Es gibt schon Unterschiede zwischen den Gewerkschaften, und bei der GdP fühle ich mich sehr gut aufgehoben. Und jeder hat da noch sein Erlebnis, was einen zu der Mitgliedschaft bewegt.

DP: Was ist Deines?

Krischker: Es hatte mit dem Rechtsschutz zu tun. Es ging um den Konflikt, ob ich in einer bestimmten Situation einen Dienstunfall hatte oder eben nicht. Der Dienstherr hatte gegen den Dienstunfall entschieden. Das fand ich falsch. Die Unterstützung, die ich bei einer anderen Gewerkschaft erfuhr,

war für mich persönlich wenig hilfreich. Man sagte mir, ein Rechtsschutzantrag hätte sehr geringe Erfolgsaussichten. Also habe ich mich anderweitig um einen Anwalt gekümmert. Der ist zufälligerweise auch der Jurist, mit dem die GdP verbunden ist. Mein GdP-Vertrauensmann hat mir dann erzählt, dass es bei der GdP anders läuft.

DP: Wie denn?

Krischker: Der erzählte mir, es gehe vorranglich darum, ob ein Rechtsschutzfordernis erkennbar sei. Kolleginnen und Kollegen aus der GdP entscheiden über ein Erfordernis. Mich hat am Ende überzeugt, dass es um das Recht, also das Grundsätzliche geht. Dann bin ich in die GdP eingetreten und habe gleich begonnen, mich aktiv an der Gewerkschaftsarbeit zu beteiligen.

DP: Wirst Du jetzt in der Dienststelle anders wahrgenommen?

Krischker: Ich bin zwar noch nicht so lange dabei. Aber ich merke, dass die Kolleginnen und Kollegen meine Funktion mittlerweile kennen und mit der einen oder anderen Frage zu mir kommen. Es funktioniert also, wenn du dich kümmerst und Präsenz zeigst. Auf der anderen Seite findet unsere Arbeit nicht immer in aller Öffentlichkeit statt, deshalb heißen wir ja auch Vertrauensleute.

Mit welchen Problemen kommen die Kolleginnen und Kollegen zu Dir?

Krischker: Teils sehr unterschiedlich. Brandaktuell ist das Thema der amts angemessenen Alimentation und der dazu laufenden Verfahren. Wir bekommen von den Kolleginnen und Kollegen gespiegelt, dass sie mit unserem Einsatz und dem des Deutschen Gewerkschaftsbundes sehr zufrieden sind. Die Informationen kommen an. Jede und jeder weiß, was sie oder er tun müssen. Wenn nicht, können sie uns fragen. Und wenn du auf eine Frage mit dem aktuellen Sachstand oder Tipps antworten kannst, wird dir zugehört. Das bleibt den Beschäftigten auch in Erinnerung. Bei unseren Hundeführern geht es übrigens gerade speziell um Inflationsfragen.

DP: Das heißt?

Krischker: Das hat mit dem sogenannten Futtergeld zu tun. Zumindest hieß es früher so (lacht). Durch den Hund bist du gezwun-

gen, mit dem Privatwagen zur Dienststelle zu fahren. Viele wohnen außerhalb, und es kommt viel Fahrerei zusammen. Und die Entwicklung der Kraftstoffpreise kennt man ja. Da kommt schon die Frage auf, ob die Behörde nicht mit einer erhöhten oder anderen Aufwandspauschale etwas besser unterstützen kann. Um die Frage kümmert sich gerade ein GdP-Kollege sehr intensiv. Den habe ich ermuntert, bei unserem Delegiertentag in Kürze, einen entsprechenden Antrag vorzubringen.

DP: Auf den Punkt: Warum sind Vertrauensleute so wichtig?

Krischker: Ohne Vertrauensleute würden wichtige Informationen erst gar nicht höhere Gewerkschaftsebenen erreichen. Ohne Vertrauensleute würden Informationen aus der anderen Richtung nicht breit

”

Wer Lust hat, mit uns zusammen in Hamburg Vertrauensleutearbeit zu machen, soll sich gerne bei mir melden.



„Bosko“ ist ein „Malinois“, eine kurzhaarige Version des belgischen Schäferhundes.

bei den Kolleginnen und Kollegen landen. Viele Aktionen würden erst gar nicht stattfinden. Deshalb sind sie das Fundament der gewerkschaftlichen Arbeit. Ohne VL-Arbeit und somit solides Fundament würde unser gesamtes Gewerkschaftshaus anfangen zu wackeln. Ohne eine Gewerkschaft erreicht man die angestrebten Ergebnisse und Ziele nicht. Das muss den Beschäftigten klar sein.

DP: Unser Gespräch findet ja kurz vor Weihnachten statt. Welche Wünsche hast Du für eine noch bessere VL-Arbeit?

Krischker: Noch mehr spezifizierte Informationen, die auch VL-interessierten Kolleginnen und Kollegen an die Hand gegeben werden können. Das sei schon in Arbeit, habe ich aber in Potsdam beim Seminar spitzgekrigelt. Und super wären eigene Kommunikationsmittel, ein Smartphone oder auch eine eigene GdP-E-Mail-Adresse. Ich muss gestehen, dass mir in dem Sammelsurium privater Mails und Telefonate das eine oder andere durchrutschen kann. Ein letzter Wunsch: mehr Menschen, die sich zutrauen, Vertrauensleute zu werden. Mehr Menschen, die diese zusätzliche Arbeit gerne machen würden.

DP: Du glaubst, das Zutrauen fehlt?

Krischker: Nein, das nicht. Es ist in der heutigen Zeit grundsätzlich schwierig, jemanden zu ehrenamtlicher Arbeit zu bewegen. Man macht halt seinen Dienst, die Uniform geht in den Schrank, und das war es mit der Polizei bis zum nächsten Dienstbeginn. Ich persönlich finde das sehr schade. Es fehlt an der Bereitschaft, etwas für andere, für die Kolleginnen und Kollegen zu tun. Dabei tust du dann auch etwas für dich selbst. Wir müssen die Leute wieder mehr für gewerkschaftliche Arbeit interessieren. Wir müssen verdeutlichen, dass eine Gewerkschaft Dinge zum Positiven bewegt und Erfolge vorweisen kann. An der Antwort, wie wir das hinbekommen, arbeiten wir.

DP: Vielen Dank für das Gespräch und mögen Deine Wünsche in Erfüllung gehen.

Krischker: Eines noch bitte ...

DP: Na klar ...

Krischker: Wer Lust hat, mit uns zusammen in Hamburg Vertrauensleutearbeit zu machen, soll sich gerne bei mir melden. ■



”

Ohne Vertrauensleute,
die sich damit identifizieren,
hängst du hinten dran.

Das neue Team

Clemens Murr

Bundeskassierer

In der Polizei seit 1986

In der GdP seit 1986

ZUDEM

Mitglied im Landesbezirksvorstand
der GdP Bayern

SCHWERPUNKTE

Haushalt und Finanzen,
Bereitschaftspolizei

Finanzen

Wenn ich „Zahlen bitte“ sage, dann wissen meine Kolleginnen und Kollegen, dass es meist um die Finanzen unserer Gewerkschaft der Polizei (GdP) geht. Am Ende liegt es im Interesse eines Bundeskassierers, dass unsere Organisation über genügend Mittel verfügt, um ihren tatsächlich vielseitigen Verpflichtungen ordentlich nachzukommen. Neben vielem anderen fallen darunter die Einladungen der Bundes-GdP zu Bildungsseminaren, Fachausschusssitzungen oder Fachveranstaltungen, bis hin zum alle vier Jahre stattfindenden Bundeskongress. Und ja: Natürlich müssen wir auch solide Rücklagen bilden, um zum Beispiel im Falle von Arbeitskampfmaßnahmen unsere Kolleginnen und Kollegen unterstützen zu können.

Bereitschaftspolizei

Praktisch mein gesamtes berufliches Leben bin ich nahe dran an der Bereitschaftspolizei. Und der geht es längst nicht so gut, wie man angesichts vieler erfolgreich bewältigter Lagen glauben könnte. Das liegt unter anderem an der jahrelangen Sparwut unserer Dienstherren. Unseren Kräften in den Geschlossenen Einheiten fehlt es neben Personal an vielem, und es war zudem wahrlich keine gute Idee der Politik, Instandsetzungs- und Versorgungskomponenten wie Werkstätten, Kraft- und Schmierstofflager oder Kantinen in private Hände zu geben. Angesichts dessen braucht es nicht nur einen Stopp, sondern den Rückwärtsgang. Die BePo benötigt für optimale Ausstattung allein aus dem Bundeshaushalt ein sofortiges Sondervermögen von 200 Millionen Euro. Und da sind wir schon wieder beim Geld.



Auf ihrem 27. Ordentlichen Bundeskongress hat die Gewerkschaft der Polizei (GdP) im September 2022 einen neuen Geschäftsführenden Bundesvorstand (GBV) gewählt. Nach mittlerweile über 100 Tagen im Amt, wird es Zeit, das Team, um den Bremer GdP-Chef Jochen Kopelke vorzustellen: Wer sie sind, wofür sie stehen. TEIL ZWEI.

Michael Zielasko

Katrin Kuhl

Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand

In der Polizei seit 1998

In der GdP seit 2004

SCHWERPUNKTE

Vertrauensleute, Bildung und Werbung

Vertrauensleutearbeit

Ich freue mich sehr, dass ich im Geschäftsführenden Bundesvorstand der Gewerkschaft der Polizei (GdP) die Vertrauensleutearbeit betreuen darf. Auf dem Titel dieser Ausgabe steht, dass diese das solide Fundament unserer Gewerkschaftsarbeit gründet. Und das stimmt. An keiner Stelle ist unsere GdP näher an den Mitgliedern als im Gespräch zwischen Kolleginnen, Kollegen und ihren Vertrauensleuten. Dort, in den Dienststuben und Ausbildungsräumen, eben vor Ort, wollen wir landauf, landab stark sein. Deshalb unterstütze ich mit aller Kraft die Absicht, dieses Jahr ganz intensiv unseren Vertrauensleuten zu widmen. Und unserem Hamburger Kollegen Dennis sage ich: „Vielen Dank für Deine Vertrauensleutearbeit.“

Bildung und Werbung

Einfach nur eine Gewerkschaft zu sein, reicht nicht aus. Die Menschen, die unsere GdP ausmachen, haben sich für uns entschieden, weil wir uns von anderen abheben. Das hat einerseits mit unserer Geschichte zu tun, mit unseren Erfolgen und unserem Wertekanon. Wichtig ist es jedoch, auch nachfolgende Generationen mit unserer GdP-DNA vertraut zu machen und gleichzeitig mit smarten Bildungsangeboten auch die Zukunft abzubilden.

Zudem wollen wir unseren Kolleginnen und Kollegen Unterstützung anbieten. Als Polizeibeschäftigte arbeitet Ihr in einem schwierigen und herausfordernden Beruf. Da kann auch einmal etwas schiefgehen oder schlecht laufen. Damit Ihr aber wisst, warum Ihr Euch auf uns verlassen könnt, machen wir ein bisschen Werbung. Über Gutes wollen wir reden, nicht schweigen.



Innenleben

SEMINARE

Bildung vernetzt – ein Rückblick

18 Landesbezirke und Bezirke. 273 Teilnehmende. 12 Referentinnen und Referenten. Das breite Bildungsangebot der Gewerkschaft der Polizei (GdP) wird gerne wahrgenommen. Ob vor Ort in Potsdam oder online – die Kolleginnen und Kollegen aus dem gesamten Bundesgebiet hatten 2022 klare Ziele: Gemeinsam lernen, Wissen ausbauen, Erfahrungen austauschen, diskutieren und netzwerken. GdP-Bildungsreferentin Lydia Häber hat Stimmen eingefangen.

Lydia Häber

Stephan Scherf (Sachsen-Anhalt)



Was tun gegen Alltagsrassismus? Wer schreitet ein bei „schwierigem“, womöglich verletzenden und diskriminierenden Sprachgebrauch? Haltung zeigen und der Umgang mit Kommentaren – viele Werkzeuge wurden uns im Seminar „Argumentations- und Haltungstraining gegen Alltagsrassismus, Verschwörungserzählungen und rechte Parolen“, vermittelt. An drei informativen Tagen wurde deutlich, wie wichtig Werte sind, wonach der eigene moralische Kompass ausgerichtet wird und was es bedeutet, diskriminierungsfrei zu argumentieren.

sitzend unseren Fragen stellte und konkrete Antworten gab. Vor allem das Netzwerken ist bei solch einem Seminar sehr wichtig. Auch in diesem Jahr wollen wir uns treffen, um in unserer super Truppe das ein oder andere Thema zu vertiefen und das Netz zu erweitern.

Christoph Gruschwitz (Thüringen)



Im GdP-Führungskräftetraining habe ich wichtige Methoden erlernt, um meine Arbeit in gewerkschaftlichen Gremien zielgerichtet und „nah an der Sache“ anzugehen. Mit aktiven Kolleginnen und Kollegen aus dem gesamten Bundesgebiet und von allen Ebenen diskutierten, lernten und netzwerkten wir. Und wir bleiben in Kontakt. Eine große Familie.

Annika Probst (Hamburg)



Als Vertrauensperson war ich sehr gespannt auf die fünftägige Vertrauensleuteschulung in Potsdam. Ich habe viel Neues zur Gewerkschaftsarbeit gelernt. Im persönlichen Austausch mit den Kollegen und Kolleginnen aus vielen Bundesländern erarbeiteten wir neue Lösungsansätze. Wir haben uns

vernetzt und sind motiviert wie inspiriert ins neue Jahr gestartet. Das Seminar hat mich in der Gewerkschaftsarbeit – als Polizistin und als Mensch – vorangebracht. Uns ist klar: Wir möchten die Vertrauensleutearbeit bundesweit stärken und ausbauen! Danke, es hat Spaß gemacht!

Anke Bühner-Dormeier (Berlin)



Da ich regelmäßig Seminare gebe, wollte ich mein Wissen über Präsentationsmöglichkeiten erweitern und erlernen, wie ich einzelne Methoden gezielt für Seminarinhalte einsetzen kann. In der Teamer- und Moderatorenausbildung haben wir reichlich Moderationsmaterialien und Flipchartpapier beschrieben und alles ausprobiert, was der Moderationskoffer hergibt. Wie moderiert man richtig? Welche Gesprächstechniken gibt es? Die Seminarleitung wurde nicht müde und hat uns jeden Tag mit einem Aufwärmispiel überrascht.

Die Seminarleitung wurde nicht müde und hat uns jeden Tag mit einem Aufwärmispiel überrascht.

Roland Hoffmann (Saarland)



In einer Runde sehr sympathischer Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Landesbezirken und Bezirken zeigte Referentin Anke

Fabian in einem dreitägigen Seminar, wie man aktiv „Seniorenarbeit aktiv gestalten“ kann. Die am Ende überreichten Blumen galten dem Dank an Anke, die ihr letztes GdP-Seminar geleitet hatte und sich in den selbst gewählten Ruhestand verabschiedete. Danke Anke!

Peter Borrmann (Bremen)



Der Austausch mit den Teilnehmenden aus den anderen Bundesländern ist mir positiv im Gedächtnis geblieben. Im Seminar

„Grundlagenseminar zum Eingruppierungsrecht“ habe ich über den Tellerrand geschaut. Wie sind die Kolleginnen und Kollegen bei ähnlichen Tätigkeiten eingruppiert? Mit welchen Schwierigkeiten und Widerständen müssen sie sich bei Eingruppierungen innerhalb ihrer Behörden auseinandersetzen? Das erworbene Wissen wende ich als

Katrin Rudolph (Bundespolizei)



Zehn Tage geballte Informationen gab es im Führungskräfte- und Teamertraining 2022. SWOT-Analyse? MISLA? Actionbound? Begriffe, die ich nicht mehr vergessen werde. Wir haben viel gelernt, uns motiviert und Erfahrungen ausgetauscht. Wir reflektierten unsere Führungsqualitäten, trainierten freies Sprechen und erarbeiteten Handlungsempfehlungen in Teams. Das Highlight war das Interview mit dem neuen Bundesvorsitzenden Jochen Kopelke, der sich auf dem „heißen Stuhl“

Wer gewerkschaftspolitisch aktiv ist oder es werden will, kann sich auch noch für dieses Jahr anmelden und bei der GdP durchstarten.



Jetzt noch anmelden über:

anmeldungen-veranstaltungen@gdp.de

Dreistündige digitale Social-Media-Seminare

16. Februar 2023

Tik Tok (9 bis 12 Uhr)

23. Februar 2023

Tik Tok (14 bis 17 Uhr)

Facebook (18 bis 21 Uhr)

9. März 2023

Facebook (9 bis 12 Uhr)

Instagram (14 bis 17 Uhr)

Tik Tok (18 bis 21 Uhr)



Ansprechpartner für Fragen zum Eingruppierungsrecht in der eigenen Behörde an. Nun verstehe ich bestimmte Zusammenhänge und rechtliche Grundlagen zu Eingruppierungen noch besser.

Imme Hildebrandt (Niedersachsen)



Verschwörungstheorien, Reichsbürger, rechte Bedrohungen für unsere Demokratie – das Thema hat Brisanz. In dem dreitägigen Seminar mit Expertinnen und Experten des DGB-Bildungswerkes gelang ein abwechslungsreicher Mix aus theoretischem Input durch Vorträge, Gruppenarbeit nach verschiedenen spannenden Methoden und mit genügend Raum für Austausch und Diskussionen. Neben der Vermittlung allgemeinen Faktenwissens zu „Rassismus“ und „Diskriminierung“ ging es zudem um agierende rechte Gruppen und deren Symbole. In Gruppenarbeiten wurden Lösungsansätze für praxisreale Situationen entwickelt.

Josef Fuksa (Bayern)



Das Kameratraining hat mir als jungem Funktionsträger nicht nur theoretisches Wissen und strategische Tipps in Bezug auf die Erstellung von

Pressemittteilungen vermittelt, sondern auch realistische Praxisübungen trainiert. Referent Prof. Dr. Hestermann legte trotz des familiären und kleinen Teilnehmerkreises Wert auf Authentizität und trainierte „Tagesschau-like“ Interviewsituationen und Stellungnahmen. Bei so einem realitätsnahen Training blieb eine gewisse Nervosität nicht aus.

Juliane Zgonine (Mecklenburg-Vorpommern)



Sich in einer eigenen Instastory zum selbstgewählten Gewerkschaftsthema auszuprobieren, war mein Highlight des Lehrganges.

Viele Aha-Effekte erlebte ich in den zwei Tagen. Die Wichtigkeit von Emotionen und die Bedeutung von Kommentaren wie Interaktionen unserer Beiträge sind hier nur ein Teil neuer Erkenntnisse, die ich dazugewonnen habe. ■



Foto: Kay Henschelmann

AKTIVE SENIORENARBEIT

Stillsitzen geht nicht

Über 20 Prozent aller Menschen in Deutschland sind 65 Jahre und älter. Die ehemalige Kriminalhauptkommissarin Gundula Thiele-Heckel ist eine von ihnen. Die stellvertretende Vorsitzende der Bundesseniorengruppe der Gewerkschaft der Polizei (GdP) weiß um die Bedeutung einer starken und verlässlichen Vertretung für Lebensältere. Ein Gespräch über das Leben nach dem Dienst, das Stillsitzen und den Hunger auf neues ...

Danica Bensmail

Das Leben nach dem aktiven Dienst: Wie man es gestaltet, trägt maßgeblich zum eigenen Wohlbefinden bei. Schließlich braucht jeder Mensch eine Aufgabe, einen Lebensinhalt, der Struktur gibt. Eine Gruppe, die einem das Gefühl von Zugehörigkeit vermittelt und menschlichen Austausch, der von Wertschätzung geprägt ist. Welche Rolle die Gewerkschaft der Polizei beim Renteneintritt spielt, weiß Gundula Thiele-Heckel. DP hat die 71-Jährige am Rande einer Sitzung der Bundesseniorengruppe im Dezember in Berlin getroffen.

Ein halbes Leben GdP

Auch elf Jahre nach ihrem Ruhestand hält die Hamburgerin dem grünen Stern die Treue. Anstatt es ruhig angehen zu lassen, reist die stellvertretende Bundesseniorenvorsitzende noch immer für die politische Gremienarbeit durch die Republik. Warum

lässt man nach 40 Jahren Dienst nicht einfach mal Fünfe gerade sein?

„Ich bin kein Mensch, der einfach nur zu Hause rumsitzen kann“, sagt Gundula und lacht. Sie müsse aktiv sein, betont die Gewerkschafterin. „Ich bin auch Schöffin am Landgericht und habe bis vor kurzem auf einem Dampfschiff die Gästebedienung gemacht. Ich kann nicht stillsitzen. Mit fünf Enkelkindern klappt das auch nicht lange.“

Diagnose: Helfersyndrom

Die gebürtige Lüneburgerin kam 1973 als Seiteneinsteigerin zur Hamburger Polizei: „Ursprünglich war ich mal Kinderkrankenschwester. Polizei, Krankenschwester ... das ist das Helfersyndrom“, schmunzelt Gundula. Sie habe immer gerne gelernt, erzählt sie. Nach ihrer Ausbildung als Krankenschwester habe sie diesen Hunger nach etwas Neuem verspürt. „Ich wollte unbedingt nochmal etwas anderes lernen. So bin ich zur Polizei gekommen.“ Als Seiteneinsteigerin beginnt Gundula im allgemeinen Kriminaldienst. Mit dem Abschluss in der Tasche landet sie bald darauf im LKA Hamburg. Ihr Schwerpunkt: Sexualdelikte. Am Ende ihrer Polizeikarriere verlässt die Kriminalhauptkommissarin als Leiterin des Sachgebietes Medizinalwesen die Behörde.

Der Hunger zu lernen und neues zu entdecken ist geblieben. Gundula bringt es auf den Punkt: „Die Arbeit mit Menschen macht mir bis heute Spaß. Bei der GdP sind wir eine richtige Familie. Einmal Polizei, immer Polizei. Die meisten fühlen sich noch immer verbunden, immer noch zugehörig und betreut.“

Wir helfen gerne

Gerade die Kolleginnen und Kollegen auf dem Weg in den Ruhestand seien bei der GdP in besten Händen, betont die Hamburgerin. Die Gewerkschaft der Polizei biete mit ihren Seminaren in den Ländern die Vorbereitung auf den Ruhestand an. „Da geht es um ganz praktische Unterstützung. Beihilfe ist ein wichtiges Thema, nur fehlt vielen dazu das nötige Wissen“, stellt die Gewerkschafterin fest. Die GdP nehme die Kolleginnen und Kollegen aber gerne an die Hand und erkläre die Abläufe. „Wir machen das gemeinsam, Schritt für Schritt. Wir helfen

dabei, Vordrucke richtig auszufüllen und klären, welche Versicherung noch notwendig ist. Das kann alles sehr zeitaufwändig und verwirrend sein. Aber wir helfen gerne.“

BRD: Bundes Rentnerrepublik Deutschland?

Nein, das „R“ in BRD steht natürlich nicht für Rentner. Doch ganz unzutreffend scheint das mit Blick auf die nahe Zukunft nicht. Bis zum Jahr 2025 scheiden etwa 50.000 Polizeibeschäftigte altersbedingt aus dem aktiven Dienst aus. Potenzielle Nachrücker gäbe es schon, nur leider viel zu wenig. Wie dem auch sei, die Zahl derer, die aus der Polizei ausscheiden, ist gewaltig. Für Gundula ist wichtig: „Das ist für ganz viele ein neuer Lebensabschnitt, mit neuen Herausforderungen, aber auch mit neuen Möglichkeiten, den Alltag zu gestalten.“ Die GdP lasse niemanden bei diesem Schritt allein. Im Gegenteil: „Wir bieten jede Menge praktische Unterstützung an“, betont die Gewerkschafterin.

Eine tolle Gemeinschaft

Darüber hinaus biete die Gewerkschaft vor allem aber eines: „Eine ganz tolle Gemein-

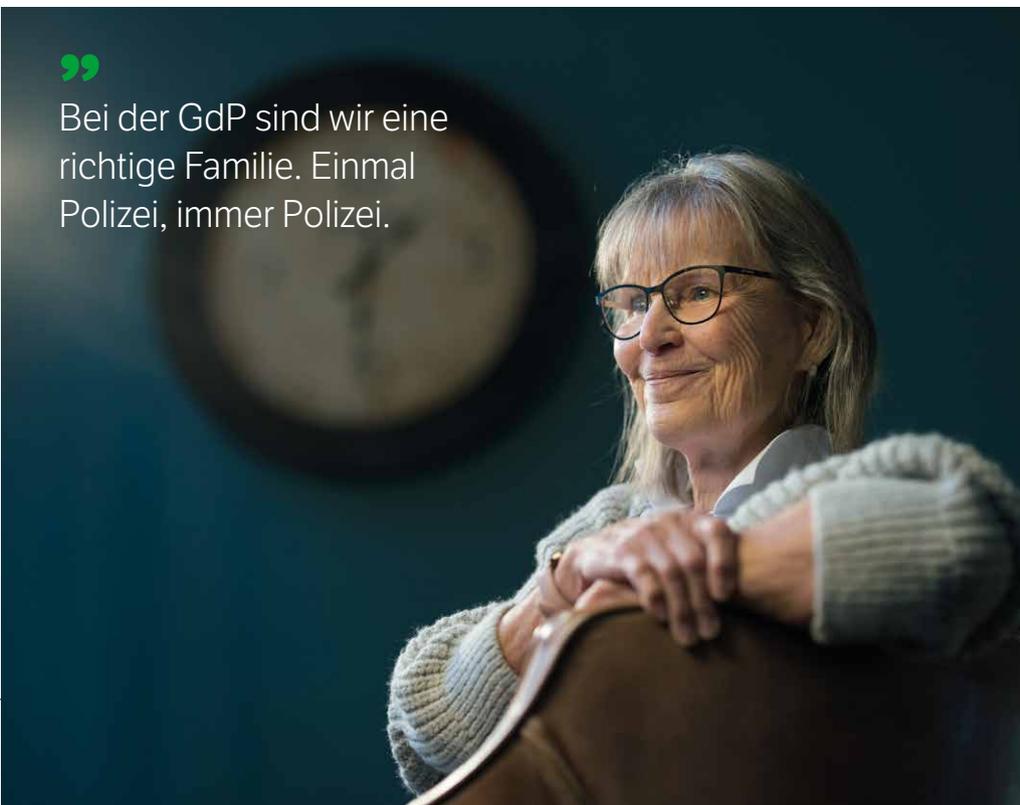
schaft, die füreinander einsteht. Wenn jemand Hilfe benötigt zu Themen wie Vorsorge, Beihilfe, Todesfall oder Pflege sind wir da und stehen mit Rat und Tat zur Seite“, verspricht Gundula. Polizeifamilie und GdP-Familie, man bleibe einander eben auch über den aktiven Dienst hinaus verbunden.

Und noch etwas: „Meine Generation und älter waren ja fast nur Männer in der Polizei und in der GdP“, stellt Gundula fest. Wenn der Mann versterbe, hätten die hinterbliebenen Frauen die Möglichkeit, die Mitgliedschaft zu übernehmen. „Das ist sehr sinnvoll, und viele Frauen machen das“, sagt Gundula. „Sie wissen von ihren Männern, dass sie sich mit ihren Fragen und Problemen immer an die GdP wenden können, und ihnen wird geholfen.“

Für 2023 habe sich die Bundesseniorengruppe vorgenommen, noch enger mit den Ländern in den Austausch zu treten. „Wir wollen uns noch besser mit den Mitgliedern vernetzen. Für uns ist wichtig, dass wir sie dort erreichen, wo sie sind. Nur so können wir ihnen den bestmöglichen Service bieten, wenn sie uns brauchen.“ ■



Bei der GdP sind wir eine richtige Familie. Einmal Polizei, immer Polizei.





Silvester: Berliner Einsatzkräfte unter Pyrobeschuss. Eines der Fotos, die am Tag danach viele Medien veröffentlichten.

AUFARBEITUNG DER SILVESTEREINSÄTZE

Gewalt im Hellfeld hat eine Bremswirkung

Die erschütternden Bilder der Silvestereinsätze, die Angriffe auf Rettungskräfte und die Polizei, bleiben im Gedächtnis. Für die GdP ist klar: Eine solche Nacht darf sich nicht wiederholen. Welche Schlüsse zieht der Gewaltforscher Prof. Dr. Andreas Zick aus den Vorfällen. Ein DP-Gespräch.

Michael Zielasko

DP: Herr Prof. Dr. Zick, warum greifen Menschen helfende Einsatzkräfte unter anderem mit explodierenden Gegenständen an? Woher rührt dieser Gewaltausbruch?

Prof. Dr. Andreas Zick: Es gibt nicht den einen zentralen Faktor. Ich appelliere daran, die Gewaltdynamiken zu verstehen, die diese Ausbrüche erzeugen. Die derzeitigen Fakten verdeutlichen: Es sind Gruppen, die Gewalt gezeigt haben. Sie bestehen vor allem aus Männern, die die Taten ausführen, und es sind Zuschauer, die sie nicht bremsen. Die Gewalt ist zum Teil vorher geplant. Auch dieses Mal haben wir verummte Gruppen beobachtet, die gezielt ihre „Feinde“, zu denen eben Polizei und Rettungsdienst vorher erklärt werden, angegriffen.

DP: Was passiert dann?

Zick: Es wird in den Gruppen je nach Gelegenheit angegriffen. Sobald eine Attacke erfolgt, also eine Rakete auf Häuser, auf Fahrzeuge und Menschen abgeschossen wird, entsteht eine spontane Norm der Umherstehenden. Aggression ist jetzt angesagt. Viele der Gewaltakte werden als Spaß und Erlebnis erfahren. Das setzt eine Norm, auch, weil andere wie „Gewalt ist ein No-Go“ im Raum nicht vorhanden sind, nicht erscheinen. Wir

sehen auch von Umherstehenden wenig couragiertes Bremsen der Gewalt, da diese womöglich Angst haben, selbst Opfer der Angriffe zu werden.

DP: Und die erschütternde Gewaltform?

Zick: Dass die Eskalation in immer stärkeren Gewaltformen möglich ist, liegt auch daran, dass gegenüber Polizei und Rettungsdiensten Stereotype oder massive Vorurteile existieren. Sie werden als Gegner, Feinde, Freiheitseingrenzung oder Störfaktor wahrgenommen. Die extreme Gewalt entstammt Gruppen, die die Polizei als unwürdigen Feind erkennen, der teils entmenschlicht dargestellt wird. Diese Vorurteile wirken sich aus. Ein Faktor ist jedoch auch das Event.

DP: Event?

Zick: Silvester 2022/23 wurde als große Party im Vorfeld inszeniert – mit großen Erwartungen nach der Coronazeit. Wenn dann die Party in einem Raum nicht stattfindet, können gewalttätige Gruppen auf einmal als Event erlebt werden. Sie erzeugen Stimmung, die bisher fehlte. Und nicht zuletzt spielen Alkohol wie auch die ungeheure Menge an immer wirkungsvollerem Feuerwerk eine Rolle. In Köln haben wir 2017/18 zusammen mit Rettungsdiensten und Polizeien erlebt, wie ganze Raketenbatterien in die Menge oder auf die Dienste gerichtet wurden.

DP: Schnell gemutmaßt wurde, dass ...

Zick: Einen Moment noch. Als Wissenschaftler möchte ich noch eine Nachbemerkung machen.

”

Seit vielen Jahren mahnen wir, das Problem ernst zu nehmen und systematisch zusammen mit den Diensten und der Wissenschaft zu erforschen und zu dokumentieren. Wir wissen, dass Gewalt, die ins Hellfeld kommt, eine Bremswirkung hat und bessere Präventionsstrategien ermöglicht.

DP: Natürlich.

Zick: Ich hätte gerne zu Ihren Fragen systematische und langfristige Analysen der Gewalt gegen Rettungsdienste, Polizeien, Ordnungsdienste und andere, denn das ist alles nicht neu. Seit vielen Jahren mahnen wir, das Problem ernst zu nehmen und zusammen mit den Diensten und der Wissenschaft zu erforschen und zu dokumentieren. Wir wissen, dass Gewalt, die ins Hellfeld kommt, eine Bremswirkung hat und bessere Präventionsstrategien ermöglicht.

DP: Schnell gemutmaßt wurde, dass vor allem junge Männer mit einem Migrationshintergrund hinter den Angriffen auf Polizei und Rettungskräfte stecken. Warum gerade diese Gruppen, und welche Motivation steckt dahinter?

Zick: Wir müssen sehr gut definieren, was wir mit Migrationshintergrund meinen. Ich war in einer Fachkommission der Bundesregierung, die vorgeschlagen hat, von Menschen mit Einwanderungsgeschichte zu sprechen, um klarzumachen, dass diese Erfahrung eine Rolle spielen kann. Wir müssen genau prüfen, welche Staatsbürgerschaft diese Menschen besitzen. Sind sie Deutsche, dann werden sie auch als solche zu behandeln sein. Viele stammen aus Deutschland und sind hier aufgewachsen. Sie jetzt wieder auf ihre Migration, die sie jedoch nicht erlebt haben, zu reduzieren, greift zu kurz. Das ist Wasser auf die Mühlen von Gruppen, die ihre Migrationsgeschichte verwenden, um zu behaupten, sie wären andere, Fremde, und dann die eigenen Taten rechtfertigen.

DP: Was tun also?

Zick: Es gibt kulturelle Faktoren wie Männlichkeitsideale, die zu Tage treten und in migrantischen Gemeinschaften stärker ausgeprägt sind. Es sind Identitäten, die zwar eine Rolle spielen, aber eher aufgeblasen sind. Berlin-Neukölln fiel auf. Dort wird die „Unser-Kiez-Identität“, bei der Gruppen Regeln und Freiheiten selbst definieren, zelebriert – auch, um am Ende eine Erleichterung zu haben. Schauen wir noch genauer hin: Ver-

ANZEIGE



11 Marken. 30 Autohäuser. 1 Team.
www.brass-gruppe.de



GdP-Plus
Partner

brass



Silvester: Ein ausgebrannter Reisebus unter einer Wohnbrücke im Berliner Stadtteil Neukölln.

meintlich migrantische Gruppen sind viel heterogener in ihrer kulturellen Identität. Und nicht zuletzt zeigen Daten, dass Menschen mit Migrationsgeschichte eher dingfest gemacht werden als andere. Wir wissen auch, dass in migrantischen Gemeinschaften oft mehr Achtung vor Polizei und Staat herrschen. Das bemerken junge Menschen in ihren Familien, wenn sie strafrechtliche Konsequenzen erleben. Zum Gesamtbild der Gewaltdynamik gehört auch, dass Umherstehende oft den Ordnungs- und Rettungsdiensten nicht helfen, und da spielt der Migrationsfaktor gar keine Rolle. Wir könnten auch fragen, warum Deutschland so anfällig ist für vorurteilsbasierte Hassgewalt. Welche Rolle spielen soziale Medien? Die Gewalt zu Silvester wurde gefilmt, auf Social-Media-Plattformen eingespeist, dort erneut medial inszeniert.

DP: Öffentlich aufgeworfen wird erneut ein politisches Versagen bei der Integration? Ist das nicht eine viel zu pauschale Feststellung?

Zick: Ich hoffe als Forscher immer auf differenzierte Debatten. Wir suchen sofort nach

Schuldigen, nach Verantwortlichen und lassen uns keine Zeit dafür, die Dynamik und die Eskalation zu verstehen, um daraus eine

”

Meine Erfahrung ist, dass Polizistinnen und Polizisten vor Ort ziemlich gute Ideen für eine Konflikt- und Gewaltprävention haben, aber oft nicht gehört werden. Dieses Wissen und den Sachverstand könnten wir intelligenter heben.

bessere Prävention abzuleiten. Wir müssen wissen, welche Facetten von Gewalt vorkommen. Viele Rettungsdienste und Polizeien erleben im Alltag vielfältige Formen von Aggression und Gewalt. Wir können prüfen, wo es gut gelaufen ist, wo keine Gewalt entsteht und was dort gewirkt hat. Welche Alternativen bieten wir Menschen an, statt neue Verbote durchsetzen zu wollen?

DP: Ihr Vorschlag?

Zick: Politik sollte Gewaltprävention und Konfliktmanagement bei solch erwartbaren Events ernst nehmen und neue Strategien ermöglichen. Einiges muss im Versuch laufen. Mir schreibt ein Feuerwehrmann, dass der Einsatz von Blaulicht seiner Erfahrung nach oft zu mehr Angriffen geführt hat und sie das umgestellt haben. Solche Strategien können wir untersuchen und evaluieren. Der Opfer- und Gewaltschutz umfasst eben auch immer mehr die Rettungsdienste und Polizeien. Dazu können wir uns Programme überlegen. Das kommunale Policing in anderen Ländern bietet Vorlagen. Uns fällt bestimmt viel ein, wofür wir politische Unterstützung brauchen. Die muss eben nur



Foto: Universität Bielefeld

DP-Gesprächspartner Professor Dr. Andreas Zick leitet das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld. Der Sozialpsychologe forscht unter anderem zu „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“, Rechtsextremismus und -populismus sowie Vorurteilen und Rassismus.

in förderalen Gesellschaften vor Ort spürbar sein. Denn die Zeiten sind modern geworden: Alles wird kommuniziert, auch jeder schiefgegangene Einsatz. Wie gehen wir damit um? Die Distanz zwischen Diensten und Bevölkerung sollte nicht wachsen. Insofern wäre auch einmal gründlich das Bild von Polizei und Rettungsdiensten zu untersuchen, um zu wissen, wie Menschen über Polizei denken.

DP: Welche Lösungen sehen Sie, um ähnliche Vorkommnisse zu vermeiden?

Zick: Ich würde mich über eine Gesamtstrategie zur Gewaltprävention und zum Gewaltschutz freuen. Die beinhaltet eine wissenschaftlich solide Aufarbeitung der Gewaltfälle, die die Behörden gar nicht leisten müssen, sondern unabhängige Forschung leisten kann. Ich plädiere seit Jahren für eine stärkere Förderung einer neuen bürgernahen, kommunalen Polizeiarbeit, ein sogenanntes Communal Policing. Das bezieht alle vor Ort mit ein. Es könnten mehr Versuche neuer Einsätze, auch einer Veränderung von Räumen, in denen immer wieder Gewalt passiert, durchgeführt werden. Meine Erfahrung ist, dass Polizistinnen und Polizisten vor Ort ziemlich gute Ideen für eine Konflikt- und Gewaltprävention haben, aber oft nicht gehört werden. Dieses Wissen und den Sachverstand könnten wir intelligenter heben.

DP: Danke für das Gespräch. ■

Zeitrahmen gesetzt!

Angesichts der schockierenden Vorfälle in der jüngsten Silvesternacht hat der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Jochen Kopelke, „unverzüglich einen Runden Tisch mit Politik, Integrationsbeauftragten, Wissenschaft, Sozialarbeit, Polizei und Rettungskräften“ gefordert. Anfang Januar sagte Kopelke der „dpa Deutsche Presse-Agentur“: „Wir brauchen diese Debatte sofort, und wir brauchen Ergebnisse, klare Konzepte und einen Plan, wer was umzusetzen hat. Eine Einsatznacht wie die letzte darf sich zum nächsten Jahreswechsel nicht wiederholen. Somit ist der Zeitrahmen gesetzt.“

Der GdP gehe es darum, die Fakten auf den Tisch zu bringen, erklärte der GdP-Chef. Populistischen Ansätzen werde dadurch gleich der Wind aus den Segeln genommen. Zwar sei schon heute klar, dass in vielen Fällen gruppenspezifische Prozesse, Alkoholmissbrauch, Sozialisationsdefizite und die Verfügbarkeit pyrotechnischer Gegenstände zu dieser bestürzenden Eskalation an verschiedenen Orten geführt hätten. Menschen pauschal abzustempeln und als verloren zu erklären, sei jedoch falsch.

„Natürlich müssen wir noch abwarten, was die Ermittlungen bringen und welche krimino-

logischen Erkenntnisse dann vorliegen. Nicht mehr warten sollten wir jedoch damit, wirksame Präventionsmaßnahmen auf den Weg zu bringen. Die Menschen in den Stadtteilen und Communitys müssen die Übergriffe verurteilen und schnell Wege finden, die solche Taten verhindern. Die Polizei kann beratend zur Seite stehen, lösen wird sie die Probleme jedoch allein nicht. Die Bundesregierung muss ihrem Koalitionsvertrag gerecht werden und Integrationspolitik auf Bundesebene neu angehen.“

Wirklich beabsichtigt war es zwar nicht, jedoch wird die Forderung Kopelkes dem Antrag C42 des vergangenen GdP-Bundeskongresses weitgehend gerecht. Unter dem Titel „Einrichtung eines Expertenrats für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Frieden und Freiheit“ wird der Bundesvorstand aufgefordert, zu prüfen, „ob die GdP aufgrund der substanziellen Gefährdung unseres Gemeinwesens im Bund die Einrichtung eines Demokratie-/Rechtsstaates-Expertenrats fordert, dem z. B. ausgewählte Rechtswissenschaftler:innen, Politikwissenschaftler:innen bzw. Wissenschaftler:innen unterschiedlicher Disziplinen, gesellschaftliche Akteur:innen, zahlreiche Vertreter:innen der Polizei und der Justiz angehören sollten“.



ANZEIGE







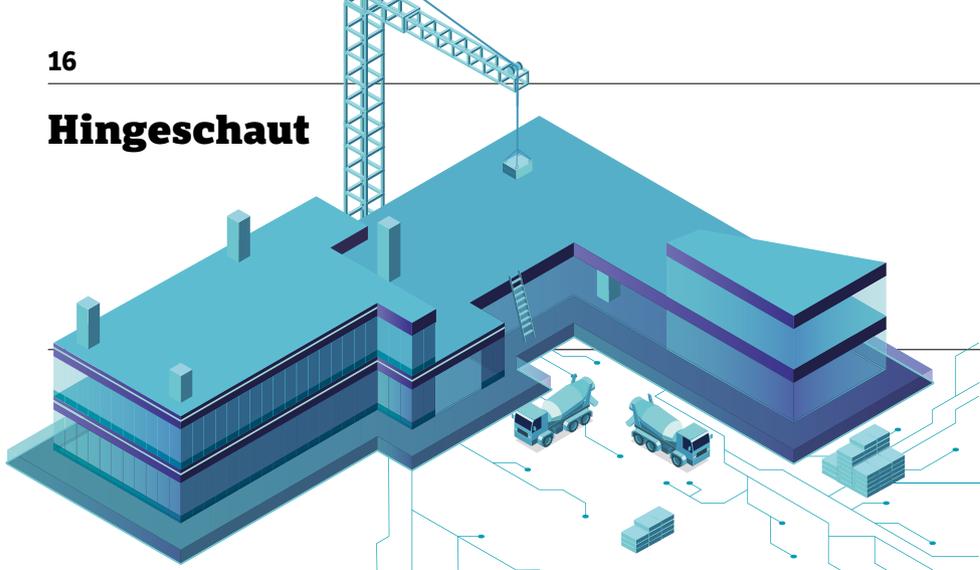
SCHMUCK & UHREN
ONLINE KAUFEN

THE JEWELLER

www.thejewellershop.com

*Ausgenommen sind Produkte mit zertifizierten GIA- und IGI-Diamanten sowie Geschenkgutscheine. Gültig bis einschließlich 31.03.2023. Kein Mindestbestellwert. Nicht kombinierbar mit anderen Rabatt-Aktionen oder Gutscheinen.

Hingeschaut



VON DER KONZEPTION IN DIE UMSETZUNG

P20 nimmt weiter Gestalt an

Fast traditionell lässt DP die Macherinnen und Macher des polizeilichen Digitalisierungsprogrammes P20 im ersten Quartal des Jahres zu Wort kommen. Wie der aktuelle Stand ist, erläutert Tobias Wiemann aus dem Bundesministerium des Innern und für Heimat.

Tobias Wiemann



Foto: BfM

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) setzt sich seit Jahren intensiv mit der Digitalisierung der Polizeiarbeit auseinander. Deshalb beobachtet und begleitet sie aufmerksam auch das Programm P20 und hat wiederholt in dieser Zeitschrift darüber berichtet. In einem umfassenden und kenntnisreichen Positionspapier aus dem Frühjahr 2022 hat die GdP das Programm kritisch unter die Lupe genommen und ein größeres Tempo bei der Umsetzung angemahnt. Das ist gut so: In dieser Kritik stecken nämlich zugleich Ermutigung und Ansporn für die Verantwortlichen des Programms P20 im Bund und in den Ländern. Denn wir verstehen die Botschaft auch so: Die Ziele sind richtig, wir müssen sie aber nicht zuletzt im Interesse der Beschäftigten schneller erreichen.

Bei mancher Kritik im Detail belegt das Papier der GdP vor allem eines: Es herrscht weitgehende Einigkeit darüber, dass die Polizeiarbeit der Zukunft von Grund auf modernisiert und digitalisiert werden muss, damit die Polizistinnen und Polizisten, in Zeiten der Digitalisierung aller Lebensbereiche,

weiterhin ihren schwierigen und anspruchsvollen Aufgaben gerecht werden können.

Genau das hat das Programm P20 zum Inhalt. Die drei übergeordneten Ziele des Programms sind:

- ▶ **bessere Datenverfügbarkeit und leichterem Austausch von Informationen,**
- ▶ **Erhöhung der Wirtschaftlichkeit,**
- ▶ **Stärkung des Datenschutzes durch Technik.**

Mensch im Mittelpunkt

Bei allen Schritten in Richtung dieser strategischen Ziele steht der Mensch im Mittelpunkt – also die Beschäftigten. Sie werden die im Rahmen von P20 erarbeiteten Prozesse, Systeme, Produkte und Anwendungen nutzen. Die Transformation der polizeilichen IT wird ihren Arbeitsalltag in den nächsten Jahren grundlegend verändern. Insofern ist P20 mehr als ein bloßes IT-Projekt: Es ist das wohl ambitionierteste Orga-

nisationsentwicklungsvorhaben im Bereich der Polizeiarbeit in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Es legt das Fundament für die Polizeiarbeit der Zukunft. Dieses Fundament muss sorgfältig geplant und ausgeführt werden, denn hierauf baut die gesamte künftige IT-Architektur auf.

Harmonisieren ohne vereinheitlichen

Rund um das sogenannte Datenhaus – in dem die von den beteiligten Polizeibehörden erhobenen und verarbeiteten Daten zentral gespeichert, verarbeitet und analysiert werden – wird P20 das „Datenhaus-Ökosystem“ entwickeln. Dieser Begriff beschreibt eine Vielzahl von vereinheitlichten Services und Funktionalitäten, die alle Facetten der Polizeiarbeit abbilden. Sie werden jeweils nach dem Prinzip „Einmal für alle“ gemeinsam von den Programmteilnehmern entwickelt und stehen dann allen beteiligten Polizeien modular zur Verfügung. Die einzelnen Services können dabei individuell miteinander verknüpft werden, sodass zwar eine gewisse Harmonisierung, jedoch keine Vereinheitlichung stattfindet. Eines der wesentlichen Kriterien dabei ist eine möglichst hohe Nutzerfreundlichkeit. Unser Fahrplan sieht vor, dass das Datenhaus-Ökosystem als Zielbild von P20 Schritt für Schritt bis zum Jahr 2030 verwirklicht wird und danach bedarfsgerecht weiterentwickelt, werden kann.

Moderne Interpretation des Föderalismus

Das Programm P20 steht beispielhaft für eine moderne Interpretation des Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland: Im Rahmen der bestehenden Kompetenzordnung wird P20 zu einer deutlich besseren Kommunikation und Kooperation zwischen den Polizeibehörden von Ländern und Bund und mit externen Partnern im In- und Ausland führen.

Schon der Weg zu diesem Ziel ist gekennzeichnet von einer engen und partnerschaftlichen Zusammenarbeit von Ländern und Bund im Bereich der Inneren Sicherheit. Diese Zusammenarbeit umfasst die gemeinschaftliche Planung und Umsetzung der konkreten Einzelprojekte, die ge-

DP-Autor Tobias Wiemann

ist Unterabteilungsleiter in der Abteilung Öffentliche Sicherheit im Bundesministerium des Innern und für Heimat. Seine Amtsbezeichnung ist Ministerialdirigent (MinDirig), er leitet die Unterabteilung ÖS I.

meinsame Steuerung in den Gremien von P2o und die gemeinsame Finanzierung von Planung, Umsetzung und Betrieb gemeinsamer Verfahren über den im Jahr 2020 etablierten Polizei-IT-Fonds. Hier zeigt sich, dass gut gelebter Föderalismus zu smarten Ergebnissen führt – ausgedrückt im P2o-Leitsatz „Gemeinsam. Digital. Vernetzt.“

Bei all dem bewegt sich P2o in einem anspruchsvollen Umfeld: Das betrifft die Vielzahl der Programmteilnehmer mit ihren manchmal unterschiedlichen Interessen ebenso wie die große Zahl an höchst komplexen Einzelprojekten. Zwischen den Projekten bestehen vielfältige Abhängigkeiten, die für den Gesamterfolg des Programms im Blick behalten werden müssen. Deshalb arbeitet das Programm mit agilen Management-Methoden. Sie erlauben es, immer den Gesamtzusammenhang im Blick zu halten, ganzheitlich und schnell auf neue Entwicklungen zu reagieren und alle Teilbereiche des Programms immer auf dem aktuellen Informationsstand zu halten.

Bei der Umsetzung von P2o sind von uns immer auch die rechtlichen Gegebenheiten in Bund und Ländern zu beachten – etwa im Hinblick auf die unterschiedlichen Polizeigesetze oder den Datenschutz. Das ist nicht trivial und erfordert manchmal mehr Zeit, als sich viele Beteiligte selbst wünschen.

Die im Programm P2o vereinten 16 Polizeien der Länder sowie die vier beteiligten Behörden des Bundes arbeiten mittlerweile in mehr als 40 Projekten gemeinsam an der Transformation der Polizeiarbeit. Das Programm ist damit in Teilen von der Konzeptions- in die Umsetzungsphase eingetreten.

Greifbare Ergebnisse des Programms kommen zunehmend im Arbeitsalltag der Polizistinnen und Polizisten an.

Hochdruck

Das Datenhaus nimmt mehr und mehr Gestalt an. Im Bereich der Vorgangsbearbeitung arbeiten das beim Bundesministerium des Innern und für Heimat angesiedelte Zentralprogramm und die Programmteilnehmer mit Hochdruck daran, die Migration der etablierten Vorgangsbearbeitungssysteme auf die drei sogenannten Interims-Vorgangsbearbeitungssysteme (iVBS) voranzubringen. Aus diesen drei Systemen heraus erfolgt dann die Transformation in das abschließende Zielbild – das Datenhaus-Ökosystem.

Einige Anwendungen aus dem P2o-Portfolio sind bei den Programmteilnehmern bereits im (eingeschränkten) Wirkbetrieb oder können in naher Zukunft eingesetzt werden. Beispiele hierfür sind eine vom Land Niedersachsen entwickelte, auf Künstlicher Intelligenz basierende Software zum Aufspüren von Darstellungen von sexualisierter Gewalt gegen Kinder im Internet oder die Zentrale Informations-Management-Plattform (ZIMP). Kurzum: Das Programm P2o nimmt jetzt deutlich an Fahrt auf und wird nach und nach für die Beschäftigten real erfahrbar.

Konkretisierungen

In naher Zukunft werden wir das Programm P2o weiter konkretisieren: Sei es durch an-

stehende Grundsatzentscheidungen im Bereich der Polizeilichen Auswertungs- und Analysensysteme, sei es in der fachlichen, technischen und rechtlichen Ausgestaltung des Datenhauses oder der Umsetzung der sogenannten hypothetischen Datenneuerhebung. Diese Anforderung geht auf ein Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts zur zweckändernden Weiterverarbeitung von polizeilichen Daten zurück.

P2o steht im regelmäßigen Austausch mit den Datenschutzbehörden des Bundes und der Länder. Es gilt, rechtssicher den bestmöglichen Datenschutz zu gewährleisten und zugleich die Polizeiarbeit so effektiv wie möglich zu machen.

In dieser Phase des Programms wird eine zielgerichtete und stetige Kommunikation sowohl gegenüber externen Zielgruppen als auch im polizeiinternen Veränderungsmanagement immer wichtiger. Das Zentralprogramm verfolgt dabei einen dialogorientierten und partizipativen Ansatz: In beiden Bereichen werden die Teilnehmerprogramme in den Ländern und die vier beteiligten Bundesbehörden eng in die Entwicklung von grundlegenden Strategien und konkreten operativen Maßnahmen einbezogen.

Die interne Kommunikation ist mit einigen bewährten Publikationen, wie zum Beispiel dem P2o-Newsletter oder den Informationsmaterialien in Extrapol, sowie regelmäßigen Veranstaltungen bereits gut etabliert. Auch die Kommunikation gegenüber der Fachöffentlichkeit haben wir intensiviert. Beispielsweise haben wir im Jahr 2022 beim Europäischen Polizeikongress, bei der Gene-

ANZEIGE



Exklusive **GigaMobil**-Tarife
für Mitarbeiter:innen und
Mitglieder der GdP

☎ 0911/47 733 733

🌐 gdp.vorteilsangebote.de



33%
Rabatt

nur
online



Innenleben

ral Police Equipment Conference und beim Kongress „Wehrhafte Demokratie“ die Ziele und den aktuellen Umsetzungsstand des Programms vorgestellt und diskutiert. Dabei haben wir zweierlei festgestellt: Unter den Polizeibeschäftigten besteht ein großes Interesse am Programm P20, es gibt aber auch noch erheblichen Informationsbedarf.

Im Bereich Veränderungsmanagement wollen wir daher die rund 320.000 Polizeibeschäftigten kontinuierlich über die Entwicklungen innerhalb des Programms P20 informieren. Das ist eine grundlegende Voraussetzung dafür, die Mitarbeitenden bei der umfassenden Transformation der polizeilichen IT-Landschaft und den damit einhergehenden Änderungen in ihrer Arbeitsweise mitzunehmen. Das fördert die Aufgeschlossenheit der Beschäftigten gegenüber den mit P20 verbundenen Veränderungsprozessen und beantwortet die berechtigten Fragen.

Bedürfnisse in den Blick nehmen

Für das Gelingen des Vorhabens kommt es uns ganz besonders darauf an, die Bedürfnisse und die fachliche Expertise der Beschäftigten von Anfang an in den Blick zu nehmen. Deshalb sucht das Programm P20 den Dialog mit den Beschäftigtenvertretungen und den Gewerkschaften. Für den Austausch mit den Beschäftigtenvertretungen hat das Zentralprogramm ein Format mit regelmäßigen Videoschaltkonferenzen etabliert. Mit einem überaus konstruktiven Gespräch zwischen der P20-Programmleitung und dem GdP-Bundsvorsitzenden Jochen Kopelke wurde Ende vorigen Jahres der bereits bestehende Dialog mit der GdP fortgesetzt. Beide Seiten wollen ihn verstetigen und intensivieren.

Gute Ideen und konstruktive Kritik sind uns immer willkommen. Beschäftigte können sich über ihre gewerkschaftlichen Vertretungen ins Programm einbringen oder direkt an das Zentralprogramm im Bundesministerium des Inneren und für Heimat schreiben unter **PGPolizei2020@bmi.bund.de**. Ich kann alle Interessierten nur ermuntern: Machen Sie mit, bringen Sie sich ein, vielleicht sogar durch aktive Mitarbeit im Programm. Lassen Sie uns P20 gemeinsam zum Erfolg machen. ■

ENDE 2022: TARIFFACHTAGUNG DER GdP BAYERN

Input Teambuilding Networking

November, eine langweilige, triste Zeit? Nicht mit uns! Wenn GdP-Nachwuchs aus bunt gemischten Tarifbereichen auf langjährig aktive Gewerkschaftsarbeit trifft, wird es interessant, verspricht unsere bayerische Tarifkollegin Anja Biller.



Foto privat

Anja Biller

Anfang November 2022 fanden sich in der Fachakademie der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Bayern, Hotel Dirsch in Titting, vierzehn hoch motivierte Tarif-Mitglieder aus ganz Bayern ein. In Zusammenarbeit mit unserem Seminarleiter Reinhard Brunner, er ist stellvertretender Landesvorsitzender, gestalteten die Fachreferenten Elke Preiss, Bezirksgruppe (BG) Niederbayern, Uwe Krause (BG Bereitschaftspolizei) und Michael Gererstorfer von der BG Oberbayern Süd, die Inhalte der letztjährigen Fachtagung Tarifrecht. Kollege Gererstorfer ist übrigens bei uns zudem Vorsitzender des Fachausschusses Arbeits-, Tarif- und Sozialrecht.

Spannende Ansätze

Angesichts des im Vordergrund stehenden Themengebietes „Grundlagen im Tarifrecht“, haben wir nicht nur zahlreiche Erfahrungen ausgetauscht, sondern auch spannende Ansätze für die bevorstehende Gewerkschaftsaktivität gefunden.

Teambuilding – einander kennenlernen! Input – mit dem Tarifrecht vertraut werden! Networking – ein Netzwerk bilden, um Erfahrungen, Probleme und auch Erfolge auszutauschen! Ein gutes Netzwerk schafft Verbindungen zwischen den Arbeitnehmenden, den Beamtinnen und Beamten sowie den Gewerkschaftsvertreterinnen und -vertretern. Und ein „Netzwerk, ist in jeglicher Hinsicht einer der wichtigsten Grundbausteine. Wir können nicht alles wissen, wichtig ist jedoch, dass man jemanden hat, an den man sich wenden kann“, fasste ein Teilnehmender der Fachtagung auf den Punkt zusammen.

Vertrauensleute und Tarifbotschafter

Nachdem sich das Tarifrecht selbst als ziemlich komplex gestaltet, ist es umso wichtiger, auf geschulte Ansprechpartner zurückgreifen zu können. Diese Kolleginnen und Kollegen können im Rahmen der Möglichkeiten mit Rat und Tat zur Seite stehen. Und genau hier kommen unsere Vertrauensleu-



Foto: GdP

Fachtagung Tarifrecht: Aufgestellt für das „Familienfoto“.

te und Tarifbotschafter ins Spiel. Diese sind vor Ort und leben das Für- wie das Miteinander. Sie bilden eine Anlaufstelle für Fragen rund um den Tarifbereich. Wissen durch Netzwerke weitergeben, Unterstützung bei Problemen anzubieten, das alles sind wichtige Bestandteile der Gewerkschaftsarbeit!

Wie viel Wert die GdP Bayern auf Networking legt, und wie wichtig uns der persönliche Kontakt zur Basis ist, bestätigte uns die Anwesenheit des stellvertretenden GdP-Bundvorsitzenden und Tarifexperten René Klemmer, der als Gastreferent auf-

trat. Ebenso gefreut haben wir uns über die Teilnahme des stellvertretenden bayerischen Landesvorsitzenden Florian Leitner und Jürgen Rittel vom GdP-Partner Signal Iduna.

Im direkten Austausch mit Kollege Klemmer wurde deutlich, welche hohe gewerkschaftliche Bedeutung es hat, für den Tarifbereich einzustehen, Lohnerhöhungen aktiv einzufordern und sich der Politik gegenüber sichtbar und hörbar zu machen. Unter den über 200.000 Mitgliedern der Gewerkschaft der Polizei befinden sich immerhin über 22.000

tariflich beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Neben der fachlichen Kompetenz sei „unsere Größe auch unsere Stärke“, unterstrich daher Klemmer in seinem Fachvortrag.

Aktionen verunsichern? Warum eigentlich?

Wir als Tarifbeschäftigte besitzen die Möglichkeit, zu streiken. Dank der großen Mitgliederanzahl im Tarifbereich können wir

ANZEIGE

euer partner für uhren, schmuck & armbänder

- ↓ Für Damen und Herren
- ↓ Recycelte Materialien
- ↓ EPSON Solaruhrwerke
- ↓ Designed in Norddeutschland



PAUL HEWITT
ANCHORED TO THE OCEAN



die Chance, nutzen, gesehen und gehört zu werden. Warnstreiks oder Streik: Begriffe, die unter den Beschäftigten oftmals Unsicherheit auslösen. Unterdessen ist es ein Thema, das vor allem angesichts der Tarifverhandlungen in diesem Jahr große Bedeutung hat und über das wir Seminarteilnehmenden mit Blick auf die seit Ende Januar laufenden Tarifverhandlungen uns Gedanken gemacht haben: „Streik bringt uns die Aufmerksamkeit und Wertschätzung, die wir im Tarif dringend benötigen. Es ist das einzige für uns verfügbare Werkzeug, um am Verhandlungstisch erfolgreich unsere Forderungen durchzusetzen“, erklärte ein Tagungsteilnehmer. „Streiken ist wahnsinnig wichtig, denn ohne Streik kein Erfolg. Sieht der Arbeitgeber keine unzufriedenen Gesichter, wird er auch nicht daran denken, was zu ändern. Gemeinsam sind wir stark und schaffen Ziele für uns und unsere Zukunft!“, fügte ein anderer Seminarteilnehmer hinzu.

Nicht auf andere verlassen

Als knallhart beschrieb Klemmer derweil die Gespräche in den Verhandlungsräumen der Tarifrunde. Am Verhandlungstisch sei es daher umso wichtiger, als Gewerkschaft und Vertretung der Arbeitnehmerseite mit schlagkräftigen Argumenten und sichtbarer Unterstützung durch große Streikbeteiligungen aufzutreten.

„Wenn keiner auf die Straße geht und sich jeder darauf verlässt, dass es andere machen, wird am Ende nichts erreicht. Die Forderungen betreffen letztendlich jeden von uns, ob Tarif oder Beamtengruppe, alle profitieren von unseren gemeinsamen Erfolgen“, betonte eine impulsive Stimme unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Besonders wertvoll

Innerhalb der drei Tage beschäftigten uns zahlreiche Fachthemen rund um den Tarifbereich: Welche Entgeltgruppen gibt es? Wann wechselt man in die nächste Entwicklungsstufe im Zuständigkeitsbereich des Tarifvertrags der Länder (TV-L)? Wie funktionieren Eingruppierungen? Was ist bei einer Höhergruppierung beziehungsweise Herabgruppierung zu beachten? Wann gibt es die Möglichkeit, Zulagen oder Krankengeldzuschuss zu beantragen? Welche Dienstbefreiungsarten gibt es, und ist das Sabbatjahr eine Alternative zur Altersteilzeit? Fragen, die dank unserer Fachreferenten nicht unbeantwortet blieben und Fragen, die ihr künftige auch an uns richten könnt.

„Für mich als kompletten Neuling im Staatsdienst war dieses Grundlagenseminar zum TV-L besonders wertvoll. Reinhard Brunner und sein Team haben mir einen umfassenden Überblick über die Entgeltregelungen gegeben. Außerdem habe ich gelernt, wie sich die Vergütung der Tarifbe-

schäftigten gestaltet und entwickelt, welche Möglichkeiten es für ein Sabbatjahr gibt. Es war jederzeit Raum für Fragen, die prompt und kompetent beantwortet wurden“, fiel die Bilanz einer Teilnehmerin aus.

„Das Thema Vertragspartner hat mich neugierig gemacht. Es ist beeindruckend, wie viele Shops und Händler dem Konzept „Corporate Benefits“ und bei den „GdP Plus Partnern“ der GdP angegliedert sind. Es gibt bestimmt nur wenige, die noch nicht schon bei einem dieser Vertragspartner einmal etwas gekauft hat. Wenn ich die Vergünstigungen aktiv nutze und umrechne, habe ich meinen Mitgliedsbeitrag direkt wieder in der Tasche“, so die interessante Sichtweise einer Teilnehmerin.

Aberundet wurde das Seminar durch Jürgen Rittel, Vertreter unseres Versicherungspartners Signal Iduna. Er verdeutlichte, welche Möglichkeiten die Zusammenarbeit der Gewerkschaft mit der Signal Iduna bietet.

November, eine langweilige, triste Zeit? Nicht mit uns!

Ein großes Dankeschön an alle Referenten, Gäste und Teilnehmerinnen und Teilnehmer für eine angenehme und interessante gemeinsame Zeit. Die Grundbausteine für ein informatives Netzwerk sind gelegt. ■

ANZEIGE



WELTWEIT ERSTER RUCKSACK AUS OCEAN IMPACT PLASTIC

10%
FÜR DICH

www.got-bag.com



GOT
BAG.

Innenleben

DP-Autorin Veronika Ziersch ist stellvertretende Vorsitzende der Frauengruppe für den GdP-Bezirk Bundespolizei | Zoll. Die stetige Fortentwicklung der Arbeitsbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten für die Tarifbeschäftigten liegen ihr ganz besonders am Herzen.

RENTE IM FOKUS

Einbahnstraße oder Chance?

„Altersarmut droht!“, „Arbeiten bis 70!“, „Deutschland schlittert ins Chaos!“. Diese und noch mehr beunruhigende Schlagzeilen beherrschen Veronika Ziersch zufolge die Medienlandschaft in diesen Tagen. Dies könne nicht nur bei lebensälteren Kolleginnen und Kollegen große Verunsicherung hervorrufen, sagt unsere Kollegin und will Abhilfe schaffen.

Veronika Ziersch



Nachdem die Debatte um die Anhebung der Regelaltersgrenze vor den letzten Bundestagswahlen im Herbst 2021 als beendet angesehen wurde, wird sie nun im Zusammenhang mit dem drohenden Fachkräftemangel in Deutschland erneut entfacht. In Anbetracht der Tatsache, dass bereits die aktuell gültige Altersgrenze nur von einem geringen Teil der Versicherten erreicht wird, erscheint dies gerade zu absurd.

Während selbsternannte Experten die „Rente mit 70“ für alternativlos halten, beziehen wir, der Bezirk Bundespolizei | Zoll in der Gewerkschaft der Polizei (GdP), klar Stellung: ein deutliches Nein zur Anhebung der Regelaltersgrenze!

Wir machen uns für individuelle und flexible Lösungen stark. Diese sollen sich an den Lebensentwürfen der Menschen orientieren. Dazu: Praktikable Ausstiegsmöglichkeiten für alle, die im Alter nicht mehr arbeiten können oder wollen. Und, attraktive Anreize für Menschen, die sich auch jenseits der 65 noch leistungsfähig fühlen und Freude an ihrem Beruf haben. Das muss her.

Die Regelungen des Tarifvertrages zur Regelung flexibler Arbeitszeiten für ältere Beschäftigte (Altersteilzeit), die wir bei jeder Tarifverhandlung aufs Neue verteidigen, stellen nur eines von vielen Instrumenten dar, die starren Grenzen unseres Rentensystems aufzuweichen.

Aktuell feilt der GdP-Bezirk Bundespolizei | Zoll an attraktiven Rahmenbedingungen zur Einführung von Langzeitkonten. Diese sollen es Kolleginnen und Kollegen nicht nur im Alter, sondern in allen Lebensphasen ermöglichen, ihre dienstlichen und privaten Belange in Einklang zu bringen.

Für alle gesetzlich versicherten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die bereits eine vorgezogene Altersrente in Anspruch nehmen könnten, jedoch (noch) nicht möchten, hat die Bundesregierung durch den vollständigen Wegfall der Hinzuverdienstgrenze ab dem 1. Januar 2023 eine neue Möglichkeit der Ruhestandspla-

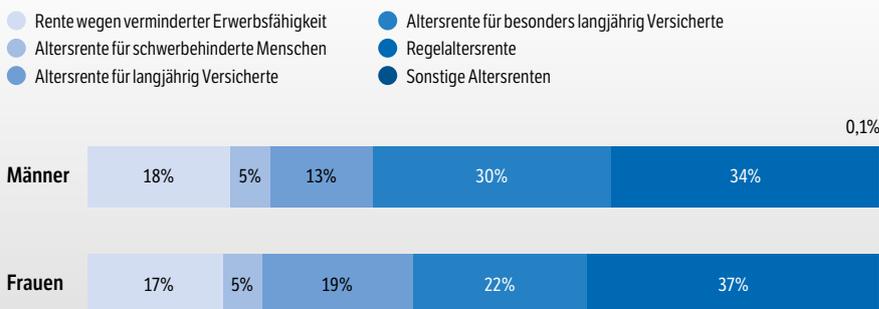
nung geschaffen. Tarifbeschäftigte, die trotz der Option einer vorgezogenen Altersrente weiterarbeiten möchten oder müssen, können nun die „Rente für besonders langjährig Versicherte“ oder die „Rente mit Abschlägen“ beziehen. Gleichzeitig bleiben sie bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze im Job, ohne dass die Einkünfte Einfluss auf die Höhe der Rente nehmen. Somit werden sie in der letzten Phase ihres Erwerbslebens zu „Doppelverdienern“, was es ihnen ermöglicht, ein finanzielles Polster für den wohlverdienten Ruhestand anzulegen. Da die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer während dieser Zeit nach wie vor verpflichtend Beiträge in die Sozialversicherung einzahlen, erhöhen sich deren Altersrenten bei vollständiger Aufgabe der Erwerbstätigkeit erfreulicherweise noch einmal.

Diese Entwicklungen können unserer Auffassung nach nur Mosaiksteine einer Entwicklung sein. Wir, die Frauen und Männer des GdP-Bezirk Bundespolizei | Zoll, möchten auch weiterhin am Wandel guter Arbeit und fairer Bedingungen für die Kolleginnen und Kollegen mitgestalten.

Menschenwürdig arbeiten und leben – das ist von je her das zentrale Anliegen der Gewerkschaften. Seit ihrem Bestehen kämpfen sie für höhere Einkommen und kürzere Arbeitszeiten, für mehr Mitbestimmung im Betrieb und die Absicherung von Risiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter. Sie sind es, die das Modell des demokratischen Sozialstaates mit Leben erfüllt haben.

In diesem Sinne möchten und werden wir uns weiter einbringen und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine Stimme geben! ■

Zugang in die gesetzliche Rentenversicherung nach Leistungsart, 2020



Datenquelle: Deutsche Rentenversicherung Bund; Berechnungen: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung



GdP-Plus
Partner



Kleine und große Wünsche erfüllen!

Log Dich ein! „Dein GdP-Plus“ unter GdP.de

Unser exklusives Vorteilsprogramm für Dich als GdP-Mitglied und Deine Familie. Wir bieten Dir gemeinsam mit unseren starken GdP-Plus Partnern große Vorteile in Form besonders attraktiver Angebote.

Euer Vertragspartner ist das jeweilige Unternehmen.

Hast Du Fragen oder Anregungen?

Dann schreib uns eine E-Mail oder ruf an. Wir helfen Dir gerne weiter.

E-Mail gdp-plus@gdp.de Telefon 0211 7104-0

Hingeschaut



Foto: Bobo Schackowidpa

Anfang Dezember 2022: Einsatzkräfte der Polizei bei großangelegten Durchsuchungen in der „Reichsbürgerszene“.

RECHTSEXTREMISMUS

Nur teilweise Entwarnung

Der Großeinsatz gegen die Reichsbürgerszene hat die Gefahren, die von antidemokratischen Einstellungen ausgehen, nachdrücklich verdeutlicht. Doch wächst allgemein die Zustimmung zu rechtsextremen Weltbildern und Verschwörungstheorien in der Bevölkerung? Die neue Leipziger Autoritarismus-Studie zeichnet ein differenziertes Bild, meint DP-Autor Thomas Gesterkamp.

Thomas Gesterkamp

Angesichts von Pandemie, Krieg, Inflation und Energiekrise sind fundierte Daten zur gesellschaftlichen Stimmungslage wichtiger denn je. Schon zwei Jahrzehnte lang misst ein wissenschaftliches Team an der Universität Leipzig den Grad der Unterstützung für die Demokratie, aber auch die quantitative Verbreitung von Einstellungen wie Chauvinismus oder Ausländerfeindlichkeit. Bekannt wurde das 2002 gestartete Langzeitprojekt als „Mitte“-Studien, seit 2018 trägt es den Namen Leipziger Autoritarismus Studien. Im Zweijahresrhythmus dokumentiert die Auswertung repräsentativer Befragungen aktuelle Trends und Themen. Analysiert werden zum Beispiel Phänomene wie Antisemitismus, Befürwortung einer Diktatur oder Abwertung von Geflüchteten. Soeben ist die mittlerweile elfte Auflage der Forschungsreihe erschienen. Unter dem Titel „Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten“ hat sie der Gießener Psychosozial-Verlag als Buch veröffentlicht.

Ein positives Ergebnis sticht heraus, gerade vor dem Hintergrund der umfangreichen Durchsuchungen und Verhaftungen im



Florian Hessel, Pradeep Chakkarath, Mischa Luy (Hg.): Verschwörungsdarken. Zwischen Populärkultur und politischer Bildung.

Psychosozial-Verlag, Gießen 2022.
344 Seiten, 39,90 Euro

Die Studie, Oliver Decker, Johannes Kiess, Ayline Heller, Elmar Brähler (Hg.): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022

Psychosozial-Verlag, Gießen 2022,
402 Seiten, 29,90 Euro

Kontext der Reichsbürger: Das explizite Bejahen rechtsextremer Aussagen hat im Vergleich zu 2020 deutlich abgenommen. Besonders stark fiel der Rückgang in den neuen Bundesländern aus. Wurden dort in den Vorgängerstudien teilweise Werte von acht bis zehn Prozent gemessen, liegt der Anteil inzwischen bei nur noch zwei Prozent. Auch sozialdarwinistische Deutungen und die Verharmlosung des Nationalsozialismus treffen auf weniger Sympathie als zuvor.

Die aktuellen Krisen „haben erstaunlicherweise in der Breite der Bevölkerung zu einer Akzeptanz des demokratischen Systems geführt“, resümiert der Sozialpsychologe Oliver Decker, einer der Projektleiter und Direktor des federführenden Else-Frenkel-Brunswik-Instituts an der Universität Leipzig. Die verfassungsgemäße Ordnung der Bundesrepublik Deutschland sei noch nie so positiv bewertet worden wie derzeit. Selbst auf dem Gebiet der früheren DDR liegt der Wert der Zustimmung inzwischen stabil über 90 Prozent.

Der Kontrast zwischen einer weitgehend funktionierenden Demokratie und autoritären oder autokratischen Herrschaftsformen ist in den vergangenen Jahren offenbar besonders sichtbar geworden. Gleichzeitig aber, so warnt die Studie, sei unter den Befragten „das Gefühl politischer Deprivation weit verbreitet“. Unter Krisenbedingungen wie Pandemie und Krieg stärkt die Demokratie die Exekutive, schwächt aber andererseits die Teilhabemöglichkeit. Das positive Erleben aktiver Mitbestimmung an politischen Entscheidungsprozessen ist der aktuellen Datenerhebung zufolge sehr gering. „Die wenigsten Leute halten es für sinnvoll, sich zu engagieren“, beobachtet Forschungsleiter Decker.

Wunsch nach Kontinuität

Einstellungen wie Ethnozentrismus und Ausländerfeindlichkeit bleiben vor allem in Ostdeutschland unverändert hoch. Die Werte sind dort sogar noch leicht gestiegen, auf über 30 Prozent. „Eine aggressive Fremdgruppenabwertung in Form von Ressentiments gegen Migrantinnen und Migranten bei gleichzeitiger Aufwertung des Eigenen wird als legitim wahrgenommen und ist weiterhin Scharnier zur extremen Rechten“, resümiert die Untersuchung.

Auch Sexismus und Antifeminismus haben zugenommen, die Identifikation mit gewaltbereiten Männlichkeitsidealen ist gewachsen. Für die Herausgebergruppe sind das Hinweise auf die titelgebende „autoritäre Dynamik“: Vor dem Hintergrund der Corona-Krise, die „den Individuen eine große Anpassungsleistung abverlangte“, beobachtet die Studie eine „Rückkehr zu traditionellen Rollenvorstellungen“. Die gewohnten Verhaltensmuster im Geschlechterverhältnis erzeugten „ein Gefühl von Kontinuität in unsicheren Zeiten“.

Ebenso wenig Entwarnung gibt das Forschungsteam beim Hass auf Muslime, Sinti und Roma. Die gemessenen Werte seien „konstant hoch“, man müsse hier eher von „einer Objektverschiebung der antidemokratischen Einstellung“ sprechen als von einem Rückgang. Zwar haben alte Deutungsmuster der „Neo-NS-Ideologie“ an Bedeutung verloren, an ihre Stelle treten jedoch neue Vorurteile. „Die autoritären Bedürfnisse finden gesellschaftlich weniger sanktionierte Motive zu ihrer Rationalisierung“, heißt es etwas kompliziert formuliert in der Einleitung des Buches.

Brückenideologie

Teilweise haben sich antidemokratische Einstellungen also nur auf andere Themenfelder verlagert. Die abgefragten Ansichten sind nicht mehr explizit rechtsextrem, bleiben aber für Rechtsextreme anschlussfähig. Das zeigte sich bei den „Querdenker“-Protesten gegen die staatlichen Corona-Maßnahmen wie auch bei späteren Demonstrationen gegen die deutsche Ukraine-Politik. Die auf den Kundgebungen versammelten Menschen ließen sich nicht mehr eindeutig im traditionellen Links-Rechts-Schema verorten. Neben der Reichsbürger-Fahne des deutschen Kaiserreichs wehte die progressive, Toleranz symbolisierende Regenbogenflagge.

Als „Grundlage einer breiteren Mobilisierung“, analysiert die Studie, dienen vor allem Verschwörungserzählungen. Diese werden von organisierten Rechtsextremen genutzt, finden aber auch in anders orientierten politischen Kreisen Anklang. Der Glaube an anonyme Mächte im Hintergrund fungiere wie Ausländerfeindlichkeit, Antifeminismus und Antisemitismus als „Brü-

ckenideologie“. Sie verbinde verschiedene antidemokratische Milieus miteinander: „Wer an Verschwörungen glaubt, hat auch eine grundsätzlich hohe Abwertungsbereitschaft.“

Soziale und ökonomische Gegensätze

Finanzielle und logistische Hilfe erhielt die wissenschaftliche Arbeit zum Autoritarismus erneut von zwei politischen Stiftungen, der gewerkschaftsnahen Otto-Brenner-Stiftung und der grünen Heinrich-Böll-Stiftung. „Mit der Unterstützung der Studie hoffen wir, zu einer informierteren Diskussion und einer die Demokratie stärkenden gesellschaftspolitischen Debatte beizutragen“, heißt es in einem gemeinsamen Vorwort. Wichtig für die Bildungsinhalte insbesondere der Gewerkschaften seien die in der aktuellen Untersuchung erstmals erhobenen „Konfliktbilder von Lohnabhängigen“.

Johannes Kiess, Andre Schmidt und Sophie Bose aktualisieren mit den Daten ihrer Detailbefragung frühere Erkenntnisse zum Arbeiterbewusstsein. Es zeige sich, dass die Beschäftigten „stets sozioökonomische Interessengegensätze als maßgebliche gesellschaftliche Widersprüche“ wahrnehmen. Konflikte, die sich „auf Religion, unterschiedliche Herkunft oder Geschlecht zurückführen lassen“, werden hingegen „als weitaus weniger prägend für unser Zusammenleben angesehen“. Kategorien wie soziale Schicht oder Klasse sind also, entgegen anders lautender Behauptungen aus der sogenannten Identitätspolitik, weiterhin ein zentraler Forschungszugang. ■

Innenleben

INTERNATIONALER FRAUENTAG

Es wird gefeiert!

Der Internationale Frauentag am 8. März 2023 wird ein Grund zu feiern. Neben Berlin hat sich nun auch Mecklenburg-Vorpommern (MV) entschieden, diesen Tag als gesetzlichen Feiertag festzuschreiben. Unsere MV-Kollegin Kristin Frosch hat einen Tipp.

Kristin Frosch

Ja, es ist ein Grund zur Feierlaune. Für viele Kolleginnen kann der Feiertag jedoch auch bedeuten, dass sie neben den regulären Schichten die Betreuung der Kinder sicherstellen müssen, da Schule und Kindergarten geschlossen haben. Auch die ein oder andere Runde in den Dienststellen, in der unsere Kolleginnen geehrt werden, wird an diesem Tag ausbleiben.

Wir wollen all das auffangen, mit Euch Frauen in der GdP den häuslichen Pflichten entfliehen und diesen Tag gemeinsam feiern. Wir laden Euch herzlich nach Schwerin in den Wichernsaal ein. Christiane Schilf vom Fortbildungsinstitut der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege Güstrow wird uns einen Einblick in das Thema Frauen in Führung geben und damit sicher gute Fragen aufwerfen, die wir mit den Innenministerinnen des Bundes und des Landes Schleswig-

Holstein, dem Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Führungskräften der Bundes- sowie Landespolizeien Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern sowie der Bundesfrauenvorsitzenden Erika Krause-Schöne diskutieren.

Das Gehörte werden wir bei einem Snacksack und mit einem Konzert ausklingen lassen.

Wir freuen uns sehr, dass die Landtagspräsidentin Birgit Hesse die Schirmherrschaft für diese Veranstaltung übernommen hat. Neben ihr erwarten wir weitere politische Gäste aus den Frauen- und Gleichstellungsressorts.

Frauengruppe
Gewerkschaft der Polizei

save the date
FRAUENTAG

- „Alltagsheldinnen in der Polizei“
- Impulsvortrag
- Podiumsdiskussion
- Rock & Pop Unplugged

Informationen & Anmeldungen über die Geschäftsstelle der GdP MV unter GdPMV@gdp.de oder 0385 / 2084180

08. März 2023
Wichernsaal Schwerin
Einlass: 09:00 Uhr
Beginn: 09:30 Uhr

Schirmherrschaft: Präsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern Birgit Hesse

Wollt ihr dabei sein?

Dann meldet Euch in der Geschäftsstelle der GdP MV unter GdPMV@gdp.de oder 0385/2084180 an. Wir freuen uns auf Euch.

ANZEIGE



**90% BEZAHLEN,
100% FAHRSPASS**
41x in Deutschland und auf boc24.de

**JETZT VORTEILE
SICHERN***

Im Gespräch



Der GdP-BFA-Schupo-Vorstand: Torben Steckel (SH), Meike to Baben, GdP-Bundesvorstandsmitglied Sibylle Krause und Roman Berg (SD).

ZWEITE AMTSZEIT ALS BFA-SCHUPO-VORSITZENDE

Im Streifenwagen digitaler werden

Für unsere nordrhein-westfälische Kollegin Meike to Baben hat Ende November ihre zweite Amtszeit als GdP-BFA-Schupo-Vorsitzende begonnen und das mit einer einstimmigen Wahl. Gratulation nachträglich! DP sprach mit ihr über das, was war, vor allem jedoch über das, was kommt.

Michael Zielasko

DP: Liebe Kollegin to Baben, liebe Meike, Du hast schon eine Runde als Vorsitzende des Bundesfachausschusses Schutzpolizei (BFA Schupo) der Gewerkschaft der Polizei (GdP) gedreht. Was hast Du daraus mitgenommen, und was motiviert Dich, mit neuem Elan weiterzumachen?

Meike to Baben: Ich finde es spannend, mich mit Vertreterinnen und Vertretern der anderen Bundesländer auszutauschen, mich mit ihnen abzusprechen und das Best-

mögliche für alle herauszuholen. So unterschiedlich wir in den Bundesländern sind, so haben wir in weiten Teilen doch die gleichen Themen und Probleme wie etwa die Personalsituation in den Polizeien und auch die Gewalt gegen Einsatzkräfte, die uns entgegenschlägt.

DP: Hinter dem Begriff „Schutzpolizei“ verbergen sich vielfältige polizeiliche Aufgaben und für eine Gewerkschaft

zahlreiche Baustellen? Wo klemmt es am meisten, und wie priorisiert Euer Team die Herangehensweise?

to Baben: Insbesondere die Nachwuchsgewinnung stellt sich in den meisten Bundesländern als schwierig heraus. Die Digitalisierung, die E-Mobilität und die Flexibilität in der Arbeit sind ebenso große Herausforderungen, die uns noch längere Zeit begleiten werden. Ein weiteres wichtiges Thema wird sicher die Krisenfestigkeit der Polizei sein.

DP: In Eurer konstituierenden Sitzung Ende November habt ihr bereits Schupo-relevante Kongressbeschlüsse identifiziert. Wie geht es damit weiter?

to Baben: Wir haben die Anträge priorisiert und Arbeitspakete geschnürt. Diese werden wir in den folgenden Sitzungen zusammenfassen und die Ergebnisse an den Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand weitergeben. Wir haben uns vorgenommen, für unsere Kollegen und Kolleginnen optimale Ergebnisse zu erzielen und den Bundesvorstand zu den Anträgen kompetent und gut zu beraten.

DP: Wie schätzt Du den Stand der Digitalisierung ein? Was ist vom bundesweiten Projekt Polizei2020 schon bei der Schupo angekommen?

FÄLLE ZUM STRAFPROZESSUALEN ERMITTLUNGSVERFAHREN

Fallsammlungen und Klausurenkurs in Gutachtentechnik

Von **Steffen Rittig** und **Tanja Hartmann-Wergen**.



1. Auflage 2022

Umfang: 368 Seiten

Format: 16,5 x 24 cm, Broschur

Preis: 32,00 € [D]

ISBN 978-3-8011-0915-8

Mit dem Ziel, optimal auf Prüfungen zum Ermittlungsverfahren (in der StPO: Vorverfahren) vorzubereiten, stellen die Autoren im vorliegenden Buch die zahlreichen strafprozessualen Ermittlungs- und Sicherungsmaßnahmen anhand von 51 Fällen dar und erläutern diese. Dazu behandeln die Autoren jeden Beispielsachverhalt in einem ausführlichen Lösungsvorschlag in Gutachtentechnik. Typische Problemstellungen werden so für den Leser greifbar und verständlich gemacht. Besonderen Wert legen sie auf die Darstellung der einzuhaltenden Formvorschriften, die sich aus Gesetz und der RiStBV ergeben und die zum Teil sehr komplex sind.

Die verwendeten Fälle decken dabei eine große Bandbreite an offenen und verdeckten StPO-Maßnahmen ab. Die Fallauswahl und Bearbeitungstiefe des Werkes zielen insbesondere auf Prüfungen der polizeilichen Bachelor- und Masterstudiengänge sowie die strafprozessualen Zusatzfragen in der ersten juristischen Staatsprüfung ab. Genauso gut unterstützt das Werk Rechtsreferendare und Berufsanfänger in Justiz und Polizei dabei, ihr Wissen zu den Ermittlungsmaßnahmen gezielt zu erweitern oder zu vertiefen.



DIE HERAUSGEBER

Prof. Dr. Steffen Rittig LL. M., lehrt Strafrecht und Strafprozessrecht an der HöMS, Fachbereich Polizei, Campus Wiesbaden.

Prof. Dr. Tanja Hartmann-Wergen, lehrt Strafrecht und Strafprozessrecht an der HöMS, Fachbereich Polizei, Campus Wiesbaden.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

to Baben: In manchen Bereichen ist die Digitalisierung schon angekommen, aber noch lange nicht in allen. Da ist absolut noch Luft nach oben. Insbesondere in der Abarbeitung von Sachverhalten im Streifenwagen wäre es wünschenswert, noch digitaler zu werden. Das sogenannte mobile Büro weiter auszubauen, wäre der erste Schritt. Die Zeiten, dass zwangsweise die Dienststelle angefahren werden muss, um eine Anzeige schreiben zu können, müsste der Vergangenheit angehören. Die Verknüpfung der Einsatzvergabe mit dem Navi im Streifenwagen würde ebenso eine Erleichterung bedeuten, und die aktuell vorhandenen Diensthandys sollten weiter auf dem neuesten Stand gehalten werden.

DP: An welchen Stellen wirkt die Corona-Phase nach? Oder ist die Pandemie mehr oder weniger Geschichte?

to Baben: Ganz klar wirkt sie im zwischenmenschlichen Umgang nach. Ich habe manchmal das Gefühl, das Miteinander müsste wieder neu erlernt werden. Schön wäre es, wenn von der Rücksichtnahme, die sich während der harten Pandemiephase entwickelt hat, viel übrigbleiben würde. Regelungen zu Homeoffice und mobilem Arbeiten sind positive Effekte, die die Arbeit bei der Polizei doch ein Stück nach vorne gebracht und attraktiver gemacht haben.

DP: Liebe Meike, hast Du einen guten Rat-schlag für Kolleginnen und Kollegen auf ihren ersten Streifendiensten?

to Baben: Bitte bleibt trotz aller Schwierigkeiten, die Euch teilweise begegnen werden, menschlich im Umgang und hinterfragt Euch immer wieder selbst. Ich bin davon überzeugt, dass der Beruf des Polizisten, der Polizistin einer der interessantesten Berufe ist. Er bietet unzählige Möglichkeiten. Passt immer gut auf euch auf und redet miteinander.

DP: Googelt man Deinen Namen, stößt man auf den Beitrag „Neuss: Polizei-Gewerkschaft hat jetzt (erstmal) eine Chefin“ (RP Online). Das war im Oktober 2015. Ist die GdP aus Sicht einer engagierten Frau auf dem richtigen Weg oder geht da noch mehr?

to Baben: Mehr geht immer! Natürlich sieht man jetzt mehr Frauen in höheren Funktionen. Ich denke aber, das könnte man noch verbessern. In vielen Vorständen und Kreisgruppen sieht man aktuell immer noch mehr Männer als Frauen. Das weibliche Geschlecht geht sicher anders mit Situationen um und hat andere Gedankengänge als das männliche. Frauen haben oft immer noch den Weg der Akzeptanz in einem männerdominierten Bereich zu gehen. Ich fände es aber optimal, wenn wir uns gegenseitig ergänzen würden. Der Schwarz-Weiß-Gegensatz ist da nicht gut, die gesunde Mischung macht es aus. Daher mein Appell an alle Frauen, traut Euch!

DP: Danke für das Gespräch und viel Erfolg.

Innenleben



Foto: Martin Koschmall

Zielgruppendirektor der SIGNAL IDUNA, Veit Seeliger, und GdP-Bundesvorsitzender Jochen Kopelke beim Start des PVAG-Instagram-Accounts @pvag.de.

DIE POLIZEIVERSICHERUNGS-AG JETZT AUF INSTAGRAM

„BITTE FOLGEN“

Bereits seit 1987 bietet sie Polizeibediensteten Schutz – die Polizeiversicherungs-AG, kurz PVAG, das Gemeinschaftsunternehmen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) und SIGNAL IDUNA. Seit kurzem ist sie nun auch in den sozialen Medien vertreten.

Martin Koschmall

Mitte Dezember starteten GdP Bundesvorsitzender Jochen Kopelke und Veit Seeliger, Zielgruppendirektor der SIGNAL IDUNA für den Öffentlichen Dienst, offiziell den Instagram-Kanal.

Dieser wird neben Tipps zur richtigen Ab- und Versicherung, auch Blicke hinter die Kulissen des PVAG-Teams und der engen Zusammenarbeit mit der GdP bieten.

Wichtigstes Ziel ist es, junge Menschen für eine Zukunft in der Polizei zu begeistern. Dafür werden die Vorteile einer starken Gewerkschaft und der Schutz des einzigen Spezialversicherers für Polizeibedienstete im Mittelpunkt stehen.

Statt mit klassischer Werbung wird sich die PVAG mit dem präsentieren, was sie ist: Service- und Sicherheitspartner aus den Reihen unserer Polizei. Reinschauen lohnt sich also auf jeden Fall.

Ihr findet die PVAG auf Instagram unter „**pvag.de**“.

In diesem Sinne: „**BITTE FOLGEN**“.

ANZEIGE

Folgen Sie uns!



VerlagDeutschePolizeiliteratur



VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH



polizeideinpartner



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR
GMBH Anzeigenverwaltung

Innenleben



Foto: peterschreiber media/stock.adobe.com

REFORM DES DISZIPLINARGESETZES

Auf dem Prüfstand

Schon im März 2022 hatte Bundesinnenministerin Nancy Faeser mit der Vorstellung ihres „Aktionsplans gegen Rechtsextremismus“ angekündigt, das Bundesdisziplingesetz zu ändern. Damit sollen verfassungsfeindliche Beamtinnen und Beamte schneller aus dem Dienst entfernt werden können. GdP-Gewerkschaftssekretärin Gudrun Hoffmann erläutert die aktuelle Entwicklung.

Gudrun Hoffmann



Foto: GdP/Hagen/Immel

Nun sollte es vor Weihnachten noch ganz schnell gehen: Bis zum 6. Januar hatten die Gewerkschaften Zeit, im beamtenrechtlich vorgeschriebenen Beteiligungsverfahren ihre Stellungnahme abzugeben. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) schaffte es, trotz kurzer Frist, Christfest und Jahreswechsel, eine umfangreiche Bewertung unter breiter Beteiligung zu erarbeiten. Der gesamte Bundesvorstand wurde aufgefordert, seine Meinung zum Gesetzesentwurf darzulegen, ebenso die Expertinnen und Experten des Bundesfachausschusses Beamten- und Besoldungsrecht.

Bisher wurde in Fällen des Entfernens aus dem Dienst Disziplinaranzeige eingereicht. Die

GdP-Vertreterinnen und -vertreter sind sich einig, dass der Vorstoß des Bundesinnenministeriums (BMI), künftig alle Disziplinarmaßnahmen, auch die Zurückstufung, die Entfernung aus dem Beamtenverhältnis und die Aberkennung des Ruhegehalts mittels Disziplinarverfügung zu ermöglichen, abzulehnen sei. Die Blaupause für die BMI-Ab-sicht ist die Idee Baden-Württembergs, das bereits seit über zehn Jahren dieses Verfahren umsetzt und auch darin vom Bundesverfassungsgericht 2020 bestätigt wurde.

Für die GdP ist klar: Sie begrüßt die Absicht der Bundesregierung, konsequent gegen Personen im Beamtenverhältnis des Bundes vorzugehen und aus dem öffent-

lichen Dienst zu entfernen, wenn sie „die Bundesrepublik Deutschland und deren freiheitliche demokratische Grundordnung ablehnen“ und sich durch „extremistische Handlungen“ und „mit ihrem Verhalten offen in Widerspruch zu den Grundwerten der parlamentarischen Demokratie stellen, die sie in ihrem Amt schützen und verteidigen soll(en)“. Ob der Vorschlag dazu führt, dass Disziplinarverfahren beschleunigt werden, muss jedoch bezweifelt werden. Denn die Verzögerungen liegen größtenteils auf Behörden-seite: Statt einer Änderung des Disziplinalgesetzes sind Fristen für die Einleitung und Durchführungen der Untersuchungen und das Widerspruchsverfahren wichtige Beschleunigungsschritte. Daneben ist die Verwaltung zu modernisieren und die Verwaltungsgerichte personell so auszustatten, dass die Disziplinarverfahren zeitnah abgearbeitet werden können. Zudem sind die Verfahren – gerade, wenn Disziplinarmaßnahmen nicht mehr von Gerichten ausgesprochen werden – in die Hände einer Ermittlungsführung zu legen, die juristische Kompetenz und die Befähigung zum Richteramt besitzt.

Dass die Verlagerung der Zuständigkeit für Disziplinarmaßnahmen auf die Exekutive in Form eines Verwaltungsaktes nach dem erwähnten Beschluss des Bundesverfassungsgerichts verfassungskonform ist, ändert nichts an der Tatsache, dass die bisherige Verfahrensweise ein Mehr an Rechtsstaatlichkeit für die Betroffenen bedeutet.

Ebenso kritisiert die GdP, dass der Entwurf lediglich repressive Elemente enthält. Vielmehr müsse auch die demokratische Resilienz der Beamtinnen und Beamten gestärkt werden, um demokratiefeindlichen Ideen und Äußerungen vorzubeugen. Die GdP fordert daher, dass die politische und berufsethische Bildung in der Aus- und Weiterbildung ausgebaut wird. Bildungsurlaub und Sonderurlaub müssen von den Dienstherren wieder stärker genehmigt werden.

Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass nach wie vor keine Rehabilitationsmechanismen zur Wiederherstellung des (dienststellen-)öffentlichen Ansehens bei falscher Verdächtigung und Nichtbewahrung des Vorwurfs des Dienstvergehens vorgesehen sind. Ebenso sind die Mitbestimmungsrechte des Personalrats im Disziplinarverfahren auszubauen. Wie geht es weiter: Der nächste Schritt ist das Anhörungsverfahren. ■



Feuer und Rauch sind in den deutschen Stadien – wie hier im Berliner Olympiastadion – wieder sehr präsent.

GEWALT IM FUSSBALLGESCHEHEN

Der Wunsch, die Grenzen zu verschieben

Seit Ende Januar ist der Bundesligaalltag wieder täglicher Begleiter vieler Fußballinteressierter. Nach der Coronaauszeit mit leeren Kurven steht jedoch nicht nur der Ball im Vordergrund der Berichterstattung, teils auch das polizeiliche Einsatzgeschehen. Nimmt die Gewalt rund um den Fußball zu? Fußballexperte Christoph Ruf mit kritischem Blick auf alle Beteiligten.

Christoph Ruf

In den Fanszenen der Republik gibt es ein paar wenige Worte, die unter Garantie für allgemeine Erheiterung sorgen. Es genügt, den Nebenmann dezent zu schubsen oder eine leere Coladose wegzukicken, und dann: schallendes Gelächter. Voraus-

setzung, ein empörter Blick und dessen betonter Kommentar, er habe gerade „eine neue Dimension der Gewalt“ erlebt. Diese ist in den vergangenen Jahren so oft herbeigeredet worden – zumeist von Menschen, die noch nie im Stadion waren. Oder von Politikern,

die genau deren Stimmen wollten. Doch wird dieser Satz noch ernst genommen?

Im Herbst 2022 waren es allerdings keine Innenpolitiker im Wahlkampfmodus, die sich besorgt über die Situation in den Fankurven äußerten, sondern Deutschlands wohl bekanntester Fansozialarbeiter, der Vorsitzende der Koordinierungsstelle der Fanprojekte, Michael Gabriel. „Es findet eine Verschiebung statt, die Ultras, die gewaltbereit sind, bekommen mehr Einfluss“, sagte er in einem Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ). Und tatsächlich gab es innerhalb weniger Wochen eine auffällige Häufung von teils ausgesprochen brutalen Ausschreitungen. Als Borussia Dortmund Anfang September zu Hause gegen den FC Kopenhagen spielte, kam es bereits am Vortag zu Prügeleien, während des Spiels flogen Leuchtraketen in den Heimblock. Auf den Tribünen in Nizza prügelten sich Kölner Hooligans, die von befreundeten PSG-Hools unterstützt wurden, mit Einheimischen. Kurz darauf kam es in Marseille zu brutalen Ausschreitungen zwischen Olympique- und Frankfurt-Fans. Als Franzosen Leuchtschurmunition in einen mit Frankfurter Fans besetzten Block schossen, kam der Eintracht-Fan Michael B. nur mit viel Glück mit dem Leben davon. Und als Dynamo Dresden Anfang Oktober in Bayreuth spielte, hatten der Heimverein und die örtliche Polizei genau das getan, was Fansozial-



DP-Autor Christoph Ruf ist ein Kenner des Fußballs. Der studierte Politikwissenschaftler arbeitete als Redakteur für Sport und Politik zunächst in Freiburg, später bei „Spiegel online“ und ist heute als freier Journalist für renommierte Zeitungen und Nachrichtenmagazine tätig.

arbeiter und langjährige Fans stets fordern. Sie hießen die Gäste als Gäste willkommen und gaben ihnen die Möglichkeit zu zeigen, dass das negative Image der Dynamo-Szene ein Zerrbild darstellt. Auch die Polizei hielt sich im Hintergrund und versuchte selbst dann noch zu deeskalieren, als sie von Dynamo-Fans angegriffen wurde. Unter dem Strich standen 14 verletzte Polizisten. Auch hier gab es nichts zu relativieren: Die Gewalt ging ausschließlich und ohne jeden Anlass von den Fans aus.

Erlebnisorientierte Krawalltouristen

Interessanterweise hörte man aus Bayreuth, dass die Täter nicht primär aus der Dresdener Ultraszene kamen. Wie bereits in den Sommermonaten, als offenbar auch Krawalltouristen zu den internationalen Spielen der deutschen Vereine gefahren waren. Vieles deutet darauf hin, dass am Rande mancher Hauptszenen erlebnisorientierte aktive Fans ihre eigenen Regeln aufstellen und szeninterne Gepflogenheiten wie Absprachen missachten. Die zuletzt erschreckend oft dokumentierten Überfälle auf mit rivalisierenden Fans besetzte Züge in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, in Thüringen oder Bayern dürften sich allerdings ebenso wenig „Trittbrettfahrern“ in die Schuhe schieben lassen wie Angriffe auf PKWs. Dass derzeit offenbar so manches in den Kurven neu ausgehandelt wird, könnte eine Folge der Corona-Pandemie sein. Offenbar sind vor allem viele Jüngere mit dem Wunsch ins Stadion zurückgekehrt, die Grenzen zu verschieben.

Nicht aus der Luft gegriffen

Wenn der nordrhein-westfälische GdP-Landeschef und stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Michael Mertens einen „Nachholbedarf beim Austoben“ konstatiert, ist das also nicht aus der Luft gegriffen. Dass nach Corona ein Teil der Szene die eigentlichen Essentials der Ultrakultur – Support, Choreographien und das Gruppenerlebnis als solches – zu langweilig geworden sind, steht fest. Stattdessen könnten Gruppentreffen mancherorten auch gleich im Anschluss ein Krafttraining ansetzen, weil sich ganze Szenen „aufpumpen“, um bei der nächsten

Auseinandersetzung mit Rivalen gut auszu sehen. Um diese Entwicklung alarmierend zu finden, muss man kein konservativer Scharfmacher sein. Doch auch hier tut Differenzierung Not. Zum einen passierte in der zweiten Hälfte der Hinrunde so gut wie gar nichts mehr, das für Katastrophenszenarien taugen würde. Es ist also gut möglich, dass die – wenigen – auch nicht erst seit gestern gewaltgeneigten Szenen mit ihren internationalen „Auftritten“ bereits ihr Mütchen gekühlt haben. Zudem hört man flächendeckend von der ersten bis zur dritten Liga, dass die Gewaltbereitschaft in ihren Fan kurven keineswegs zugenommen habe. In einigen anderen Standorten wird das hingegen bejaht. Es stellt sich also die Frage nach der Dimension der Veränderungen. Was zwischen Saisonbeginn und Oktober passierte, betraf fast ausschließlich die internationalen Spiele der Großvereine aus Dortmund, Köln oder Frankfurt. Seither herrscht wieder Normalität – im Liga-Alltag sowieso.

Allerdings kann die Frage nach einer möglicherweise erhöhten Gewaltbereitschaft in den Fanszenen nicht ohne einen kritischen Blick auf die Polizeiarbeit in den vergangenen Monaten erfolgen. Ganz einfach, weil Fans und Polizei zuweilen wie korrespondierende Röhren agieren. Das mutmaßliche Fehlverhalten der einen Seite wird als Rechtfertigung für die Grenzübertritte des eigenen Lagers herangezogen. Das mag oft eine billige Ausrede für eine Gewaltfaszination sein, die sich auch ohne alle negativen Erfahrungen mit der Polizei Bahn brechen würde. Fakt ist jedoch, dass denjenigen in den Fanszenen, die gegen Gewalt argumentieren, die Argumente ausgehen, wenn sich die Szene als Opfer willkürlicher Polizeimaßnahmen oder gar als Opfer von Polizeigewalt sieht. Der Berliner Fan-Anwalt René Lau hält der Polizei vor, sie habe „den Weg der Deeskalation und Kommunikation längst verlassen.“ Bei Fanmärschen werde den Fußballfans „schon mal der Fuß hingehalten, damit er stolpert, da geht ein Ellenbogen raus, beides in der Hoffnung, dass es danach eskaliert. Auch so etwas führt dazu, dass die Aggression gegenüber der Polizei größer wird. Vor allem jüngere Fans, die so etwas erleben, sagen sich: Jetzt erst recht.“ Laus Sicht der Dinge ist auch deswegen interessant, weil sie im krassen Gegensatz zur Eigenwahrnehmung der Polizei steht. Die deutsche Polizei sei immer und stets

der Deeskalation verpflichtet, wird oft auch im semi-privaten Gespräch behauptet. Und auch die unter den meisten neutralen Beobachtern vorherrschende Einschätzung, dass die Polizei nach wie vor eine völlig defizitäre Fehlerkultur aufweist, wird oft dementiert. Dass Fußballfans teils härter angepackt werden als andere gesellschaftliche Gruppen, halten manche Polizisten unter vier Augen zumindest für möglich.

Vergiftete Atmosphäre

Vielleicht zeigt der 14. Oktober 2022 am besten, warum die Atmosphäre zwischen weiten Teilen der aktiven Fanszene und der Polizei so vergiftet ist und warum derzeit vielerorts diejenigen in der Defensive sind, die für Dialog werben: Das Stadtderby zwischen dem Hamburger SV und Lokalrivale St. Pauli war schon immer emotionsgeladen, eine strikte Fantrennung erwies sich in den zurückliegenden Jahren durchgehend als eine gute Idee. Nur dass vor zehn Jahren nicht so viele St. Pauli-Fans den Versuch gemacht hätten, den Fanmarsch des Rivalen anzugreifen wie in dieser Spielzeit. Wer Belege für die These sucht, dass die Gewaltbereitschaft nach der Corona-Pause zumindest in einigen Fanszenen gestiegen ist, findet sie auch an diesem Derby-Tag. Dass es der Polizei mit massiven Einsatzkräften gelang, eine Massenschlägerei zu verhindern, ist nicht nur ihr ureigenste Aufgabe. Dass sie es überhaupt tun muss, dürften 99 Prozent der Stadionbesucher bedauern. Auf massenhaften Rückhalt können diejenigen nicht bauen, die die körperliche Auseinandersetzung mit Gästefans suchen.

Für das, was bei dem Polizeieinsatz vor Spielbeginn passierte, erscheint jedoch keine dieser Feststellungen als nachvollziehbare Rechtfertigung. Auf Videoausschnitten ist zu sehen, wie Fans, die längst auf dem Boden fixiert wurden – von denen also für den Betrachter von außen keine Gefahr mehr auszugehen scheint – vermeintlich malträtiert werden. Nun, die anschließende Stellungnahme der Pressestelle dürfte jedenfalls Wasser auf die Mühlen all derer sein, die felsenfest davon überzeugt sind, dass es neben der katholischen Kirche eine zweite Institution gibt, die auch die offensichtlichsten Fehler nie zugeben würde: die Polizei. „Warum in diesem Fall Zwang an-



Massive Ausschreitungen vor der Auswärtspartie des 1. FC Köln beim französischen Club OGC Nice.

gewendet werden musste, ist im Moment noch nicht klar. Dies ist jedoch regelhaft der Fall, wenn sich eine Person gegen polizeiliche Maßnahmen zum Beispiel sperrt“, liest man. Was aber Außenstehende und Internetsurfer irritieren dürfte, ist: „Ob die Verhältnismäßigkeit gewahrt wurde, gilt es zu prüfen.“ Das Online-Video ist weit über eine Million Mal angeklickt worden. Die meisten derer, die diese Bildsequenzen gesehen haben, dürften sich schnell und ohne weitere „Prüfung“ eine Meinung über die in Frage stehende kontrovers diskutierte Verhältnismäßigkeit des online dokumentierten Polizeieinsatzes gebildet haben.

Es wird mehr gezündet

So aufgefächert also der Blick auf das Gewalt-Thema ausfallen muss, so eindeutig ist die Lage beim Thema Pyrotechnik: Es wird seit dem Frühjahr deutlich mehr gezündet – und zwar in fast allen Stadien. Beim Spiel des Karlsruher SC gegen den FC St. Pauli im November, bei dem eine Karlsruher Ultra-gruppe ihr Jubiläum mit viel Rauch feierte, konnte die Partie erst eine Viertelstunde spä-

ter angepiffen werden. Neun Personen erlitten eine Rauchgasvergiftung. Auch Vorfälle wie die in Marseille, als ein Eintracht-Fan nur knapp mit dem Leben davonkam, sind es, die die Befürworter einer harten Linie gegen Pyrotechnik zitieren, wenn sie ihre Forderung nach (noch) härteren Strafen begründen. Dabei wäre eine Differenzierung im Stadion so leicht wie außerhalb: Bengalische Feuer beim Einlaufen der Mannschaft haben nichts, aber auch gar nichts, mit dem Abfeuern von Böllern oder gar Leuchtspurmunition in benachbarte Blöcke zu tun. Letzteres dürfte juristisch gesehen versuchter Totschlag, wenn nicht gar versuchter Mord sein und sollte entsprechend bestraft werden.

Genau das Gleiche gilt für die Vorkommnisse, die sich in der Silvesternacht in Berlin zutrug. Diese zeigten ein Ausmaß an mörderischer Verrohung und Menschenverachtung, die es – und das dürfte nun wirklich niemand bestreiten – im deutschen Fußball noch zu keinem Zeitpunkt zu beobachten gab. Glücklicherweise wurde im Nachgang zwischen den Millionen von Bundesbürgern, die mit ein paar Feuerwerksraketen das neue Jahr begrüßten, und den kaltblütig geplanten Anschlägen auf Feuerwehrleute,

Rettungskräfte und Polizisten sauber unterschieden. Die Frage, wie zeitgemäß die Bölle- rei an Silvester ist, stellt sich angesichts Tau- sender „zufällig“ Verletzten und den ökologi- schen Folgen natürlich trotzdem – wie man selbstverständlich auch aus gutem Grund Py- rotechnik im Stadion kritisch sehen kann. Dazu braucht man bengalische Feuer jedoch nicht unter „Gewalt“ zu subsumieren, wie das manche Polizei- und Medienvertreter gerne tun. „Politik und Verbände müssten end- lich mal in den Dialog mit den Fans kommen, reden, statt immer nur zu verteufeln“, sagt dazu Fan-Anwalt René Lau. „Es gibt viele gute Beispiele aus anderen Ländern, wo der Konflikt entschärft wurde. Warum soll das hier nicht möglich sein?“

Eine politische Lösung läge auch im In- teresse der Polizei, die bisher einen Großteil ihrer Zeit und Energie an einem Spieltag auf das frustrierende und sinnlose Katz-und- Maus-Spiel bei der Pyrotechnik verschwen- dete. Doch das ist eine Frage, die endlich die Verbände und der Gesetzgeber rational dis- kutieren müssten. Läuft es weiter wie bisher, muss die Polizei den Kopf für die Versäun- nisse der Politik hinhalten. Was ja generell hin und wieder vorkommen soll. ■

DP DIGITAL



DP „to go“!

Die DP-App für Smartphone und Tablet –
die mobile Alternative zu eurer Mitglieder-Zeitschrift

Die digitale DP steht als App in den Stores als iOS- und Android-Version unter „DP DEUTSCHE POLIZEI“ zur Verfügung. Das digitale GdP-Mitgliedermagazin ist für die meisten Endgeräte optimiert und bietet somit einen sehr guten Lesekomfort. Selbstverständlich sind neben dem Bundesteil alle Landes- und Bezirksjournale dort abrufbar.



Laden im
App Store



JETZT BEI
Google Play



**Gewerkschaft
der Polizei**

Hinterfragt

Foto: iStockphoto.com

DIGITALER RAUM: DIE ERBEN DER „GENERATION 1984“

Spannungsbogen zwischen Freiheit und Sicherheit

1948 schrieb George Orwell seinen Roman „1984“ über einen dystopischen Zukunftsstaat, in dem eine totalitäre Partei in einem „Ministerium der Wahrheit“ fortwährend an einer der Parteidoktrin genehmen Auslegung von Daten und Fakten schreiben ließ. Nun schreiben wir das Jahr 2023. DP-Autor Oliver Stock blickt polizeilich tiefer.

Oliver Stock

Foto: privat

Mit dem „Big Brother“ hat sich hierzulande ein grenzenloser Überwachungsstaat ins Gedächtnis ganzer Generationen eingebrannt, doch mit der rasanten Entwicklung des Internets haben sich seither auch die Rahmenbedingungen grundlegend geändert. Die Wucht der digitalen Möglichkeiten erfordert ein neues Nachdenken über die wichtigen Fragen im Spannungsumfeld Freiheit und Sicherheit: Wo verläuft die Grenze zwischen unzulässiger staatlicher Freiheitseinschränkung

und den Risiken eines kaum noch zu überwachenden Cyberraums? Und welche Regeln sind in einer Gesellschaft unverzichtbar, um das gesellschaftliche Miteinander nicht zu gefährden?

Kurz vor Start des Zensus im April 1983 hatte ich als Schüler die Aufwandsentschädigung für die Tätigkeit als Interviewer bereits fest eingeplant, als das Vorhaben mit Blick auf eine laufende Verfassungsbeschwerde kurzfristig gestoppt und sich meine Aussicht auf eine neue Fotoausstattung

in Wohlgefallen auflöste. Die zum Thema Volkszählung vorausgegangenen Diskussionen in unserer Schule und vor allem bei den öffentlichen Protesten durch „mit einer der Würde des Menschen unvereinbaren Registrierung und Katalogisierung der Persönlichkeit“ erschienen mir angesichts meines Verständnisses damals sehr überzeugend. So urteilte im Grundsatz zwar auch das Bundesverfassungsgericht im Dezember 1983, allerdings sah es – anders als ich – die Grundproblematik des aufziehenden Datenzeitalters bereits deutlich klarer und erklärte Teile des vormaligen Volkszählungsgesetzes für verfassungswidrig. Die dystopischen Zustände aus „1984“ traten also in 1984 zumindest in unserem Land nicht ein. In seinem Urteil legte das Bundesverfassungsgericht vielmehr die Grundzüge des Rechts auf informelle Selbstbestimmung und verfügte: „Einschränkungen dieses Rechts auf „informationelle Selbstbestimmung“ sind nur im überwiegenden Allgemeininteresse zulässig. Sie bedürfen einer verfassungsgemäßen gesetzlichen Grundlage, die dem rechtsstaatlichen Gebot der Normenklarheit entsprechen muss.“

1987 wurde der Zensus dann doch durchgeführt. Das Gesetz war im Hinblick auf verfahrensrechtliche Vorkehrungen so geändert worden, dass personengebundene Daten und weitere Strukturdaten bei der Auswertung im Hinblick auf eine nicht zulässige Verknüpfung getrennt wurden. Kritiker riefen gleichwohl weiter zum Boykott auf, doch die Luft für große Aufwallungen war bei diesem Thema raus.

Der Cyberraum und libertäre Utopien

Mit dem Cyberraum entwickelten sich in den folgenden Jahren gleichwohl neue libertäre Narrative, so verfasste der Cyber-Utopist John Perry Barlow im Jahr 1996 die vielzitierte „Declaration of the Independence of Cyberspace“, eine Unabhängigkeitserklärung des Cyberraums:

„Regierungen der industriellen Welt, Ihr müden Giganten aus Fleisch und Stahl, ich komme aus dem Cyberspace, der neuen Heimat des Geistes. Im Namen der Zukunft bitte ich Euch, Vertreter einer vergangenen Zeit: Lasst uns in Ruhe! Ihr seid bei uns nicht willkommen. Wo wir uns versammeln, be-

DP-Autor Oliver Stock

ist Referent für Cybercrime sowie Finanzkriminalität im niedersächsischen Innenministerium. Der IT-Experte begleitet verschiedene digitale Projekte der Landespolizei.

sitzt Ihr keine Macht mehr.“

Auch die Cybervisionäre des Cluetrain-Manifests verfassten im Jahr 1999 insgesamt 95 Thesen über die große Befreiung durch das heraufziehende Internet – eine Utopie über die Beseitigung der Allmacht der Wirtschaftseliten mit ihren veralteten Werbestrategien.

Seither wird das Web in Teilen der Gesellschaft als weitgehend befreiter gesellschaftlicher Raum diskutiert, in dem jeder Einzelne eine Verantwortung im Sinne seiner Selbstverantwortung und Selbstvorsorge tragen soll, ohne allerdings für etwaiges (Fehl-)Verhalten zur Verantwortung gezogen werden zu können. Dabei camouflieren Cybervisionäre ihre Utopien gern auch als liberale und rechtsstaatliche Prinzipien, bei denen allerdings der uneingeschränkte Schutz der Privatheit und Integrität persönlicher Daten generell über den Prinzipien von Verantwortlichkeit und Rechenschaft steht.

Diese Utopien haben jedoch im Zuge der technologischen Entwicklungen immer wieder dystopische Risse bekommen, die Träume von der Befreiung durch das Internet wichen vielmehr einer immer effizienteren Nutzung der persönlichen Daten der Internet-Nutzenden durch die Marketing- und Werbeindustrie. So sah auch ein Teil der Autoren des ersten Cluetrain-Manifests das Internet im Jahr 2015 durch unterschiedlichste Akteure massiv bedroht: „Die Marodeure verstehen das Internet all zu gut. Sie sehen es als Ort, wo man plündern kann, unsere Daten und unser Geld stehlen und uns als Narren ansehen kann. Doch viel gefährlicher ist ein anderer Mob: Wir!“ Dennoch beschwören sie in 121 neuen Thesen weiterhin die Selbstheilungskräfte im Netz.

Gegen eine falsch verstandene Cyber-Leitkultur

Eine auf libertäre Grundsätze und Selbstheilungskräfte aufgebaute Informationsgesellschaft im Cyberraum ist allerdings kei-

nesfalls mit dem uns aus dem Grundgesetz vertrauten liberalen Freiheitsbegriff zu wechseln. Derartige Positionen kommen mit der weitgehenden Ablehnung staatlicher Ordnungsprinzipien daher und überdehnen den verantwortungsvollen Freiheitsbegriff in Richtung eines verantwortungsfreien Freiheitsbegriffs für den Einzelnen – mit den bekannten negativen Folgen für das gesellschaftliche Vertrauen.

Die Geltung des Rechtsstaates im Cyberspace wird zwar in der Politik noch immer als Selbstverständlichkeit betont, als wirksam kann der Rechtsstaat allerdings nur gelten, wo er das Recht auch wirkungsvoll durchsetzen kann. Die Entwicklungen sind dabei heute mehr denn je ambivalent, die Forderungen nach uneingeschränkter Nutzung von Technologien zur Verschleierung und Verschlüsselung sind einerseits ein notwendiges Mittel zum Schutz der Grundrechte und der digitalen Sicherheit von Regierungen, Unternehmen und Gesellschaften. Sie berühren aber andererseits auch die Prinzipien einer wirksamen Strafverfolgung. Insoweit schützt das grundsätzlich wünschenswerte Recht auf uneingeschränkte Anonymität durch Verschleierung und Verschlüsselung in Datennetzen zwar in autoritären Gesellschaftssystemen vor Verfolgung, es schützt aber eben auch Rechtsbrecher in liberalen demokratischen Rechtsordnungen und stellt sie damit von ihrer persönlichen Verantwortung frei. Dass Straftäter auf Krypto-Technologien gezielt zurückgreifen, belegen die Ermittlungen zu den speziellen Krypto-Architekturen von EncroChat, Sky-ECC oder Anon. Auch wenn der Bundesgerichtshof im März 2022 die Beweisverwertung der aus Frankreich erlangten EncroChat-Daten für Verfahren in Deutschland grundsätzlich bestätigt hat, bleiben die zu Beginn derartiger Strafverfahren zu nehmenden rechtlichen, technischen und kriminalistischen Hürden enorm hoch.

Es ist bereits lange erkennbar, dass gerade im Cyberraum immer mehr Straftaten unter Nutzung digitaler Technologien stattfinden, die faktisch von Strafverfolgungs-

behörden nicht mehr oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand ermittelt werden können. Da heute im Netz bereits einfach nutzbare Technologien zur nahezu vollständigen Anonymisierung und Verschleierung zur Verfügung stehen, hängt die rechtstaatliche und wirksame Strafverfolgung zunehmend stärker vom Zugang zu den elektronischen Beweismitteln ab. Dieser Umstand führt zu einer Schwächung des demokratischen Rechtsstaates und zu der absurden Situation, dass zwar immer mehr Straftaten im Cyberraum angezeigt werden, diese aber mangels Möglichkeiten einer effektiven digitalen Spurenermittlung vielfach lediglich nur noch verwaltet werden können.

Gesetzgeber setzt auf Verpflichtete

Angesichts der zahlreichen Straftaten im Internet in den Bereichen Hass und Hetze im Netz und Darstellungen von sexueller Gewalt gegen Kinder setzt die Politik inzwischen auf das ursprünglich im Bereich der Geldwäsche entwickelte Modell von Verpflichteten. So hat Deutschland auf Hasskriminalität und andere strafbare Inhalte auf den Plattformen sozialer Netzwerke im Jahr 2017 mit dem Netzwerk-Durchsetzungsgesetz reagiert, mit dem Anbietern sozialer Netzwerke verschiedene Pflichten auferlegt werden, unter anderem seit 2022 auch eine Verpflichtung zur Meldung relevanter schwerer krimineller Inhalte an das Bundeskriminalamt. Die deutsche Regelung hat dabei grundsätzlich sogar Vorbildcharakter für den europäischen „Digital Service Act (DSA)“, obwohl die Meldungen aufgrund verschiedener Klagen betroffener Unternehmen derzeit noch immer ausbleiben.

Im Bereich der Bekämpfung von sexueller Gewalt gegen Kinder erhalten die Strafverfolgungsbehörden dagegen bereits seit Jahren Meldungen des „National Center for Missing & Exploited Children (NCMEC)“, einem nationalen US-Zentrum für vermisste und ausgebeutete Kinder. Nach diesem Vor-

KAPITALMARKT

ANZEIGE

Beamtendarlehen - Beamtenkredit 10.000 € - 120.000 € Kostenfrei anrufen

Vorteileinsparung für den öffentl. Dienst
 Umschuldung: Raten bis 50% senken
 Baufinanzierungen echt günstig

0800 - 1000 500
öD-Beratung seit 1976

Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen

AK-Finanz.de Unser Tiefzins Echt sehr gut
Kredite umschulden! **AK FINANZ**

info@ak-finanz.de AK-Finanz Kapitalvermittlungs GmbH, E3, 11 Planken, 68159 Mannheim, Tel: (0621) 178180-0

bild hat die EU-Kommission nunmehr ebenfalls einen Vorschlag zur Einrichtung eines EU-Zentrums zur wirksameren Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern vorgelegt. Umstritten ist dieser Entwurf insbesondere aufgrund möglicher künftiger technischer Lösungen im Hinblick auf die bereits weitgehend verschlüsselte Kommunikation von Chat-Inhalten.

Mit dem von der Politik favorisierten Modell von neuen Meldeverpflichteten gehen inzwischen erhebliche Mehrbelastungen für polizeiliche Clearingprozesse und für die Durchführung von immer mehr Strafverfahren einher.

Die Diskussion um die Vorratsspeicherung der Verkehrsdaten

Die seit vielen Jahren andauernde Diskussion um die Verkehrsdatenspeicherung ist exemplarisch für das zähe Ringen um die richtige Balance zwischen Sicherheitsanforderungen und Freiheitsrechten, sie ist aber noch viel mehr ein Beispiel für eine nicht immer sachlich geführte öffentliche Debatte.

Nach inzwischen mehreren Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zur Vorratsspeicherung von Verkehrsdaten steht nunmehr ein ausfüllbarer Rechtsrahmen zur Schaffung einer rechtskonformen Gesetzesregelung zur Verfügung. Man darf also annehmen, der oberste Europäische Gerichtshof hat die Grenze genau dort gesetzt, wo er sie in Abwägung der Balance zwischen Freiheit und Sicherheit verortet wissen möchte.

Auch wenn der EuGH mehrfach entschieden hat, dass eine allgemeine und unterschiedslose Speicherung von Verkehrs- und Standortdaten auch zur Bekämpfung schwerster Kriminalitätsphänomene grundsätzlich unzulässig ist, hat er gleichwohl einen Rahmen für entsprechende Regelungen zur Bekämpfung schwerer Kriminalität

und zur Verhütung schwerer Bedrohungen der öffentlichen Sicherheit gesetzt. Gesetzliche Regelungen können für unterschiedliche Bedingungen getroffen werden, unter anderem insbesondere auch die immer wieder als notwendig erachtete allgemeine und unterschiedslose Vorratsspeicherung von IP-Adressen als Quelle einer Verbindung sowie die die Identität der Nutzenden elektronischer Kommunikationsmittel betreffenden Daten. Speziell diese letzte Option ist für die Strafverfolgungsbehörden elementar, weil diese Informationen in vielen angezeigten Straftaten oftmals die einzig erfolgversprechenden Ermittlungsansätze bieten. Da die gesetzlichen Regelungen zu Mindestspeicherfristen von IP-Adressen inklusive Portnummern sowie Nutzerdaten seit Jahren ausgesetzt sind, stellen die zumindest teilweise bei den Anbietern noch mit kurzen Speicherfristen vorhandenen Speicherungen bereits regelmäßig ein erhebliches Ermittlungshemmnis dar.

Mit Quick-Freeze ins Leere

Der nunmehr vorliegende Referentenentwurf des Bundesministeriums der Justiz nutzt jedenfalls den mit dem Urteil geschaffenen Rechtsrahmen nicht aus. Vielmehr bleibt er mit dem sogenannten Quick-Freeze-Verfahren, mittels dessen mit Sicherungsanordnung vorhandene oder künftig anfallende Verkehrsdaten gesichert werden können, deutlich hinter den Möglichkeiten des vom EuGH gesetzten Rahmens zurück. Das Problem: Ohne gesetzliche Speicherverpflichtung für IP-Adressen und Nutzerdaten laufen die Sicherungsanordnungen des Quick-Freeze ins Leere, weil gar keine Daten mehr vorhanden sind. Denn bereits heute werden Verkehrsdaten nur noch von einigen Anbietern aus geschäftlichen Gründen für etwa sieben Tage gespeichert.

Das Quick-Freeze-Verfahren scheitert also immer dort, wo die relevanten Verkehrsdaten zum Zeitpunkt der Sicherungsanordnung aufgrund fehlender Speicherverpflichtung gar nicht mehr existent sind. Und anstatt wie bisher auf die Eilkompetenz von Staatsanwaltschaft und ihrer Ermittlungspersonen zu setzen, sieht der Gesetzentwurf auch noch einen bürokratischen doppelten Richtervorbehalt sowohl bei der Anordnung des „Einfrierens“ als auch beim „Auftauen“

im Rahmen der späteren Nutzung vor – eine erwartbare deutliche Mehrbelastung für alle Beteiligten im Strafverfahren.

Dabei verweist der EuGH mit Blick auf die IP-Adressen und Nutzerdaten selbst darauf, dass sich in Bezug auf die wirksame Bekämpfung von Straftaten zum Nachteil von Minderjährigen und anderen schutzbedürftigen Personen auch positive Verpflichtungen des Staates im Hinblick auf den Erlass rechtlicher Maßnahmen zum Schutz der Opfer ergeben können.

Aus polizeilicher Sicht bedarf es dringend einer weitergehenden Lösung, die insbesondere die vom EuGH als zulässig erachtete allgemeine Speicherverpflichtung für IP-Adressen nebst Portnummern und Nutzerdaten berücksichtigt und den vom EuGH festgelegten Rahmen vollständig ausfüllt. Würde lediglich das Quick-Freeze-Verfahren umgesetzt, wäre Deutschland im Vergleich zu Ländern mit weitergehenden Befugnissen aus den vorgenannten Gründen höchst attraktiv für kriminelle Gruppierungen.

Virtuell Private Network, Blockchain, Metaversum und WEB3

Auch im heutigen sogenannten WEB2 stehen natürlich längst weitere polizeiliche Herausforderungen an. So nutzen beispielsweise inzwischen unzählige Anwendende das Virtuell Private Network (VPN) beruflich wie privat. Diese Technologie ermöglicht inzwischen ohne großen Aufwand oder Performance-Einbußen die Verschleierung der Herkunft und die Verschlüsselung von Inhalten der Kommunikation.

Unbestritten gehört Verschlüsselung zum Schutz in die Vertraulichkeit informationstechnischer Systeme. Allerdings ist noch weitgehend unklar, ob und in welchem Umfang die Grundrechte eine verfassungsrechtliche Schutzpflicht des Staates zur IT-Sicherheit vermitteln und somit dem Staat aufgeben, zur Ausfüllung der Schutzpflicht weitgehende rechtliche Maßstäbe zu setzen. Denn VPN schützt zwar einerseits vor Kriminalität, andererseits schützt es aber auch Kriminelle vor Strafverfolgung – ein derzeit kaum zu lösendes Spannungsfeld.

Seitens vieler Nutzernder ist das Verhalten in Bezug auf den Umgang mit ihren persönlichen Daten zudem höchst ambiva-



Foto: Ullrich/stock.adobe.com



Foto: Ullrich/stock.adobe.com

Manfred Pfaff

Ordnungswidrigkeitenrecht für Polizei, Ordnungsbehörden und Verwaltung

1. Auflage 2021

Umfang: 192 Seiten / **Format:** 13 x 19 cm Broschur

Preis: 20,00 € [D] / **ISBN:** 978-3-8011-0893-9

Komprimiert und auf die wesentlichen Aspekte ausgerichtet, behandelt dieses Lehrbuch das Ordnungswidrigkeitenrecht, wie es in den Studiengängen für den Polizeivollzugsdienst und für den Verwaltungsdienst gelehrt wird. Bei dem Aufbau und den Inhalten des Buches orientiert sich der Autor dabei am Curriculum der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW.



DER AUTOR

Dr. Manfred Pfaff ist Lehrbeauftragter für Eingriffsrecht und Ordnungswidrigkeitenrecht.

Frank Braun

Staatsrecht für Polizeibeamte

1. Auflage 2019

Umfang: 222 Seiten / **Format:** 13 x 19 cm Broschur

Preis: 18,00 € [D] / **ISBN:** 978-3-8011-0861-8

Dieses Lehrbuch behandelt die wesentlichen Gesichtspunkte des Staatsrechts für den Studiengang „Polizeivollzugsdienst“ und stellt diese in kompakter Form vor. Es erleichtert Studierenden die Vor- und Nachbereitung der Unterrichtseinheiten und stellt vor allem eine effektive Hilfe für die Klausurvorbereitung dar. Die inhaltliche Zusammenstellung und der Aufbau des Werkes orientieren sich dabei am Curriculum der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW.



DER AUTOR

Prof. Dr. Frank Braun lehrt Staats- und Verwaltungsrecht, insbesondere Eingriffsrecht.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH

Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de



Foto: Ulf/Fotack, abbie.com

lent. Auf den dominierenden Plattformen wie Meta, Amazon, Google, Apple, Alibaba und CO, die ihre Services im Austausch gegen persönliche Daten anbieten, gibt es nach wie vor eine weitverbreitete Gleichgültigkeit im Umgang mit höchstpersönlichen Daten. Gegenüber staatlichen Institutionen besteht dagegen zumindest in Deutschland nach wie vor größte Skepsis, obwohl gerade hier der Datenschutz in den vergangenen Jahrzehnten bereits deutlich gestärkt wurde. So hat auch der EuGH in Sachen Verkehrsdatenspeicherung die Grenze zwischen Liberalität und Sicherheit dort gezogen, wo er einen vertretbaren Rahmen von Optionen zur Nutzung digitaler Beweismittel bei den Strafverfolgungsbehörden für notwendig erachtet hat. Vergleichbares gilt es auch in Bezug auf weitere Optionen digitaler Anonymität im Netz zu regeln.

Mit den derzeit noch nicht klar voneinander abgrenzbaren Konzepten zum WEB3 und zum Metaverse geht es bereits in die nächste Runde. Mit dem WEB3 wird in erster Linie ein dezentralisiertes Hardwarekonzept auf Basis einer Kombination von Blockchain- oder auch Distributed-Ledger-Technologie verstanden. Nach Vorstellung seiner Befürworter sollen mit dem WEB3 die nach wie vor bestehenden Probleme der „Machtkonzentration innerhalb des bestehenden WEB2“ gelöst werden. Mit Blockchain und dezentralen Strukturen soll ein freies und egalisiertes Netz sowohl Datenschutz als auch Datensicherheit gewährleisten. Außerdem soll jeder Nutzende mittels einer integrierten Bezahlschicht (Token) unmittelbar selbst zum Anbietenden werden können. Im WEB3 sollen die Nutzenden nun endgültig ihre Daten und ihre

Identität vollständig selbst kontrollieren können – womöglich erneut mit den Risiken eines überdehnten Freiheitsverständnisses im Cyberraum.

Die Entwicklungen im Bereich Metaverse stehen dagegen derzeit ebenfalls für eine digitale Zeitenwende, nämlich eine 3D-Welt, in der Daten, digitale Inhalte und Objekte von allen Nutzenden interoperabel verknüpft werden können. Arbeiten am sogenannten Metaverse werden allerdings vor allem von großen kommerziellen Schlüsselunternehmen vorangetrieben, also jenen, die nach Vorstellung anderer Cyberakteure mittels neuer WEB-Infrastruktur entmachteter oder neutralisiert werden sollen.

Selbstbewusste Debatte notwendig

In der Debatte um die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Internets zeigen sich wiederholende Muster zahlreicher Cybervisionäre, in denen Technologien und Produkte mit Verheißungen auf mehr Demokratisierung oder Dezentralisierung als Schutz der Freiheit und der Selbstbestimmung vor staatlicher oder unternehmerischer Zensur angepriesen werden. Neue digitale Technologien führten dabei immer wieder zu gravierenden Veränderungen, die Realität blieb indes vielfach hinter den Ankündigungen zurück oder bereiteten sogar neue zusätzliche Probleme. Gerade ist im Fall der einst gehypten Kryptobörse FTX wieder ein Mythos geplatzt. Der Fall zeigt abermals, wie noch unverstandene Technologien von Kriminellen für eigene Bereicherungszwecke genutzt werden können.

Die speziell von einigen Cyberaktivisten öffentlich und lautstark geführten Debatten zum Spannungsbogen zwischen Freiheit und Sicherheit überdecken dabei immer häufiger, dass auch die Strafverfolgungsbehörden in liberalen Rechtsstaaten wirksame Instrumente zur Durchsetzung des Rechts im Cyberraum benötigen. Neben den fachlichen und technischen Kompetenzen innerhalb der Polizei gehört dazu eben auch ein ausfüllbarer Rahmen an rechtlichen Befugnissen, bei dem weder die dystopischen Zustände aus „1984“ noch die „cyberlibitären Visionen eines verantwortungsbefreiten WEB“ einzutreten drohen. Die Erben der „Generation 1984“ sind nun am Zug. ■

ANZEIGE

WIR TRAUERN 2022 UM

BANGLADESCH: 13. April Mohiuddin Sarker Nayeem, Printjournalist | BRASILIEN: 7. Februar Givanildo Oliveira, Journalist und Gründer einer Nachrichtenwebseite | 5. Juni Dom Phillips, Investigativ-Journalist | 5. Juni Bruno Pereira, Indigenen-Experte/Stringer | CHILE: 12. Juni Francisca Sandoval, Fernsehreporterin | ECUADOR: 24. Juli Kelvin Mike Cabrera, Blogger | GUATEMALA: 8. März Orlando Villanueva, Online-Journalist und Besitzer einer Nachrichtenwebseite | HAITI: 6. Januar Amady John Wesley, Radiojournalist | 6. Januar Wilguens Louissaint, freier Journalist | 23. Februar Maximilien Lazard, Journalist | 11. September Frantzsen Charles, Online-Journalist | 11. September Tayson Lartigue, Online-Journalist | 30. Oktober Romelson Vilcin, Radiojournalist | HONDURAS: 9. Januar Pablo Isabel Hernández Rivera, Radiojournalist | INDIEN: 5. Februar Rohit Kumar Biswal, Reporter und Fotograf | IRAK: 4. Oktober Nagihan Akarsel, Journalistin | IRAN: 8. Januar Baktash Abtin, Journalist und Schriftsteller | ISRAEL: 5. September Nidal Irbariya, Journalist und Gründer einer Nachrichtenwebseite | JEMEN: 6. Februar Marwan al-Makradi, Reporter und Fotograf | 23. März Fawaz al-Wafi, Fotojournalist | 15. Juni Saber al-Haidari, Fernsehreporter | KASACHSTAN: 6. Januar Muratchan Basarbajew, Fernsehmitarbeiter/Fahrer | KENIA: 23. Oktober Arshad Sharif, Fernsehjournalist | KOLUMBIEN: 16. Oktober Rafael Moreno Garavito, Online-Journalist | MEXIKO: 10. Januar, José Luis Gamboa Arenas, Online-Journalist | 17. Januar Alfonso Margarito Martínez Esquivel, Fotojournalist | 23. Januar Lourdes Maldonado López, Fernsehjournalistin | 31. Januar Roberto Toledo, Video-Journalist | 10. Februar Heber López Vásquez, Online-Journalist | 24. Februar Jorge Luis Camero Zazueta, Online-Journalist | 4. März Juan Carlos Muñoz, Online-Journalist | 15. März Armando Linares, Online-Journalist und Chefredakteur | 5. Mai Luis Enrique Ramírez, Journalist und Publizist | 29. Juni Antonio de la Cruz, Printjournalist | 23. August Fredid Román, Journalist | MYANMAR: 6. Januar Pu Tuidim, Online-Journalist | 30. Juli Aye Kyaw, Fotojournalist | PAKISTAN: 28. April Ziaur Rehman Farooqi, Fernsehjournalist | 30. Oktober Sadaf Naeem, Fernsehreporterin | PALÄSTINENSISCHE GEBIETE: 11. Mai Schirin Abu Akle, Fernsehjournalistin | 1. Juni Ghufuran Warasneh, Radiojournalistin | PARAGUAY: 6. September Humberto Coronel, Radiojournalist | PHILIPPINEN: 3. Oktober Percival Mabasa (auch bekannt als Percy Lapid), Radiojournalist | SOMALIA: 30. September Ahmed Mohammed Schukur, Fernsehjournalist | 29. Oktober Mohammed Issa Hassan, Fernsehjournalist | SYRIEN: 21. Januar Ahmed al-Nasser, Journalist | 5. November Atef al-Saidi, freier Journalist | 20. November Issam Abdallah, Reporter | TSCHAD: 9. Februar Evariste Djai-Loramadjji, Radiojournalist | UKRAINE: 1. März Ewgeni Sakun, Kameramann | 13. März Brent Renaud, freier Journalist | 13. März Maxim Lewin, Fotoreporter | 14. März Olexandra Kuvshynova, Fixerin | 14. März Pierre Zakrzewski, Fotojournalist | 23. März Oksana Baulina, Online-Journalistin | 30. März Mantas Kvedaravičius, Dokumentarfilmer | 30. Mai Frédéric Leclerc-Imhoff, Fernsehjournalist | USA: 3. September Jeff German, Investigativ-Journalist

Ihre Spende für die Pressefreiheit:
www.reporter-ohne-grenzen.de/spenden

RSF REPORTER
OHNE GRENZEN

Eure Meinung

ZU:

Lesermeinung des Kollegen Krawitz, DP 12/22

Ich habe mit Entsetzen die letzte Seite Ihrer Ausgabe 12/22 „Eure Meinung“ gelesen. Sie geben damit einer subjektiven und fehlerhaften Meinung Raum auf einer seriösen Plattform. Ihr Artikel „Was Männer kosten“ beschreibt ein Problem und stellt es korrekt und objektiv dar.

Herr Krawitz fühlte sich durch diesen Artikel angegriffen und will diese Tatsachen als nicht objektiv und unseriös darstellen. Er will die Wahrheit nicht sehen und stellt diesen seriösen Artikel, mit aufgeblähten, „ich bin ein erfahrener Polizist, Mann, Opa, und viele denken wie ich“ Blendedmüchternwissenschaftler-Worten, als „Lüge“ dar.

Wegen solchen Männern wie ihm, haben es Frauen nach wie vor unter anderem schwer, bei der Polizei aufzusteigen. Weil er seine Meinung verbreitet, sie als richtig erachtet, damit sogar in die Öffentlichkeit geht und bei einigen gleichgesinnten Männern auf Beifall stößt und somit durch seine Worte ein frauenunterdrückendes Bewusstsein schafft.

Das ist genau das Problem, weshalb Frauen bei der Polizei nach wie vor in allen Bereichen unterrepräsentiert sind. Weil solche Männer in unseren Strukturen vorhanden sind und den Frauen und auch wundervollen, menschenfreundlichen Männern das Leben schwer machen.

Frauen sollten ja seiner Meinung nach froh sein, dass sie in Kriegen nicht ermordet werden. Wenn Frauen überall zu 50 Prozent an der Macht (Führung) vertreten wären, würden sehr wahrscheinlich keine Kriege geführt werden, weil vermutlich die meisten Frauen es nicht zulassen würden, dass ihre Männer und Söhne (generell Menschen) getötet werden würden. Jeder Krieg ist unnötig, und Kriege werden von Männern begonnen und geführt.

Herrn Krawitz Weltanschauung verdeutlicht seine Auffassung der Stellung der Frauen. „Es könnte ja im Sinne der Frauen sein, dass Männer aufgrund vorteilhafter geschlechtsspezifischer körperlicher Merkmale, uns Frauen davor bewahren, bestimmte, besonders anstrengende, gefährliche und gesundheitsschädigende Aktivitäten ausführen zu müssen.“ Das widerspricht unserem Grundgesetz. Frauen und Männer sind

gleichberechtigt. Wir leben zum Bedauern von Herrn K. nicht mehr im Mittelalter und benötigen keine Ritter, die uns vor anderen bösen Rittern oder Situationen „bewahren“ müssten.

Herr Krawitz möchte Frauen vor „gefährlichen Aktivitäten“ bewahren, da dürften wir Frauen uns doch seiner Auffassung nach glücklich schätzen. Nur darf dieser ältere, vermutlich weiße Mann nicht für uns Frauen sprechen (die eine große Gruppe/ über 50 Prozent der Menschheit darstellen und keiner Minderheit angehören), und es obliegt jedem Menschen selbst, welche „Aktivitäten“ er/sie wahrnehmen möchte oder viel eher, ob Frauen in unserer Gesellschaft in allen Bereichen die gleichen Chancen gegeben werden, um überhaupt alle „Aktivitäten“ wahrnehmen zu können. Würde Herr Krawitz darüber die Entscheidungsmacht besitzen, würden wir Frauen vermutlich aus dem gefährlichen Polizeiberuf entfernt werden, weil er uns davor bewahren möchte.

Kinder zu gebären (ja, auch bei der Polizei) und damit unter anderem Aufstiegschancen bei der Polizei zu gefährden, da unter anderem Karriere und Kind nur für Männer sorgenfrei ablaufen, wie es Gleichstellungspläne der Kreispolizeibehörden verdeutlichen, davor sollten uns Herr K. und alle ihm ähnlichen Männer bewahren. Wenn ihm scheinbar der Schutz unseres weiblichen Geschlechts so sehr am Herzen liegt, dann sollte er aufhören, Frauen als das unvorteilhaftere Geschlecht in manchen Bereichen anzusehen.

Ich möchte Frauen vor solchen Männern wie Herrn Krawitz bewahren und freue mich schon sehr auf seine Pensionierung, falls dieses nicht bereits eingetroffen sein sollte. Denn manchmal ist der Gleichstellungsarbeit der Polizei nur auf diesem Wege zu helfen.

Bitte richten Sie dem Autor, Herrn Gesterkamp, ein Kompliment für diesen professionellen, objektiven, seriösen und problembenennenden Artikel „Was Männer kosten“ aus.

Sanja Mandic, Gleichstellungsbeauftragte, Frau, Partnerin, Nichte, Mutter, Schwester, Tante, Mensch mit Migrationsgeschichte, PHKin, GdP-Mitglied und Vertrauensperson

Kontakt zur Redaktion

GdP-Bundesvorstand
Redaktion DP – DEUTSCHE POLIZEI
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon 030 399921-113
gdp-pressestelle@gdp.de

ZU:

Bringt der Green Deal den Durchbruch?, DP 12/22

Der Artikel gibt eindrucksvoll und mit deutlichen Worten wieder, mit welchen Problemen insbesondere die grenzüberschreitende Abfallwirtschaft zu kämpfen hat. Herausgestellt wird hierbei insbesondere der schwunghafte Anstieg illegaler, grenzüberschreitender Abfallverbringungen im Segment Plastikmüll.

Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die illegale, grenzüberschreitende Abfallverbringung insgesamt boomt. Der Plastikmüll ist als umweltkritisches Thema aufgrund aktueller Tagespolitik und medialer Ausschaltung in Nachrichtensendungen, Dokumentarfilmen sowie diversen Reportagen ein populärer Aufhänger für einen solchen Artikel.

Ich als Polizist und Angehöriger einer Schwerlastgruppe der Autobahnpolizei in Nordrhein-Westfalen, der zusammen mit seinen Kollegen und Kolleginnen über viele Jahre diverse innerstaatliche wie grenzüberschreitende Transporte von Gefahrgütern, die gleichzeitig nach dem Abfallrecht als gefährliche Abfälle eingestuft sind, kontrolliert hat, habe häufig mit Verdachtsfällen illegaler Abfallverbringungen zu tun gehabt. Hierbei ging es in der Regel nicht um den typischen Plastikmüll, sondern um gefährliche Abfälle, von denen unterschiedlichste und akute Gefahren für Menschen und die Umwelt ausgingen. Auch gerade bei den sogenannten gefährlichen Abfällen geht es um Milliarden Gewinne in der Branche.

Etwas verwundert hat mich im oben genannten Artikel dann die Benennung der 251 Fälle von rechtswidrigem Müllhandel, welche durch die Polizei in Deutschland im vergangenen Jahr, also 2022, registriert wurden.

Die Bundesrepublik Deutschland ist aufgrund seiner geografischen Lage nicht nur ein beliebtes beziehungsweise notwendiges Transitland für die grenzüberschreitende Abfallverbringung, sondern insbesondere aufgrund der Vielzahl von hochmodernen Abfallentsorgungs- beziehungsweise Verbrennungsanlagen bevorzugtes Importland für Abfälle aus aller Welt. Vor diesem Hintergrund und unter Berücksichtigung der Größe des weltweiten Abfallaufkommens erscheint die Zahl von 251 registrierten Fäl-

len des illegalen Müllhandels in einem Jahr gerade in einem Land wie Deutschland als deutlich gering.

Im Artikel „Bringt der Green Deal den Durchbruch?“ wird dieser „Green Deal“ der Europäischen Kommission als Reaktion auf die Steigerung illegaler Abfallexporte dargestellt. In diesem Zuge sei demnach durch die EU-Kommission im November 2021 eine Änderung der Verordnung zur Verbringung von Abfällen (1013/2006) vorgeschlagen worden, mit der erreicht werden sollte, dass Abfall nicht mehr in ärmere Drittstaaten außerhalb der OECD-Gruppe (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) verbracht wird.

Natürlich ist dieses Vorhaben der EU-Kommission sehr zu begrüßen, jedoch führt der Mangel an Kontroll- und Überwachungskapazitäten sowohl innerhalb der Abfallbranche und den entsprechend originär zuständigen Überwachungsbehörden, aber insbesondere auch bei den Polizeien der Länder oder dem BALM (Bundesamt für Logistik und Mobilität, früher BAG) eine Verschärfung der Vorschriften ad absurdum. In diesem Zusammenhang muss darauf verwiesen werden, dass noch immer nicht alle Polizeien der Länder in Deutschland im Gegensatz zum BALM eine originäre Zuständigkeit für die Durchführung von Abfallkontrollen auf der Stra-

ße haben. Trotz mehrerer Vorstöße im Land Nordrhein-Westfalen ist es bis heute nicht gelungen, der Polizei in Nordrhein-Westfalen eine entsprechende Zuständigkeit einzuräumen. Wenn die originäre Zuständigkeit für Abfallkontrollen neben dem BALM auch flächendeckend bei allen Länderpolizeien läge, könnte die Zahl 251 an registrierten, illegalen Abfallverbringungen voraussichtlich sprunghaft ansteigen. Damit würde auch der Überwachungs- und Kontrolldruck in der Abfallbranche ansteigen, sodass die „schwarzen Schafe“ der Branche eher entlarvt werden können. Dies käme nicht nur einer umweltgerechten und legalen Abfallwirtschaft entgegen, auch würden sauber agierende Unternehmen der Branche entlastet: Aufgrund von Berichterstattungen, durch die die Abfallwirtschaft in die Nähe der Organisierten Kriminalität gerückt wird und die Branche somit Gefahr läuft, unter Generalverdacht gestellt zu werden, muss durch Entlarven der „schwarzen Schafe“ eine Lanze für sauber arbeitende Unternehmen gebrochen werden. Dies gelingt nur durch flächendeckenden Kontroll- und Überwachungsdruck. Vor diesem Hintergrund erscheint es nicht nachvollziehbar, nicht alle Länderpolizeien mit der originären Zuständigkeit für Abfallkontrollen auszustatten.

Meik Ackermann, Georgsmarienhütte

„AUSRITT ZUM RENNSTEIG“

Bikertreffen im Thüringer Wald

Vom 25./26. bis 29. Mai 2023 findet in Oberhof Nähe Eisenach/Suhl ein offenes Motorradtreffen für Biker aus der Polizei, der Justiz, dem Zoll und deren Angehörigen statt. Geplant sind Ausfahrten in die nähere und weitere Umgebung, so nach Erfurt, Schleiz, Suhl, Eisenach, Thüringer Wald und auf die Wartburg. Die Touren werden vor Ort ausgehängt. In gemütlicher Atmosphäre lassen sich dann abends nach PS-starkem „Ausritt“ interessante Benzingespräche rund um das Bike führen.



Foto: privat

Detlef Schöne

Die Veranstaltung ist eine Zusammenarbeit von IPA und Blue Knights.

Die Unterbringung erfolgt im Aparthotel Oberhof (Eckardtskopf 1, 98559 Oberhof). Es gibt Einzel- und Doppelzimmer mit Halbpension.

Die Veranstaltung findet in Zusammenarbeit mit IPA und Blue Knights statt. Eventuell anfallende Gewinne werden einem Kinderheim gespendet.

Weitere Informationen unter Telefon **0160-66 545 14** oder per E-Mail: **detlef-schoene@freenet.de** oder **biker858@freenet.de**

DP
DEUTSCHE POLIZEI



Nr. 02 | 72. Jahrgang 2023
Magazin und Organ der
Gewerkschaft der Polizei

Erscheinungsweise und Bezugspreis

Monatlich 2,80 € zzgl. Zustellgebühr
Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Herausgeber

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon 030 399921-0
Telefax 030 399921-200

Redaktion

Michael Zielasko (mzo), Verantwortlicher Redakteur
Danica Bensmail (dab), Redakteurin
Jana Biesterfeldt (jab), Redakteurin

Redaktionsassistentz

Johanna Treuber
gdp-pressestelle@gdp.de
Telefon 030 399921-113
Telefax 030 399921-29113

Gestaltung und Layout

Andreas Schulz, karadesign

Titelbild

Foto: Marius Röer

Die unter Verfassernamen veröffentlichten Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten. In DP – DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden gegebenenfalls auf www.gdp.de, der GdP-App und sozialen Medien verbreitet.

Verlag

Deutsche Polizeiliteratur GmbH

Anzeigenverwaltung

Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei

Forststr. 3a, 40721 Hilden
Telefon 0211 7104-183
Telefax 0211 7104-174
av@vdp-polizei.de

Geschäftsführer

Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleitung

Antje Kleuker

Es gilt die Anzeigenliste Nr. 45 vom 1. Januar 2023.

Bitte wenden Sie sich bei Adressänderungen nicht an den Verlag, sondern an die Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- bzw. Bezirkteils in der Mitte des Heftes.

Druckauflage

188.625 Exemplare
ISSN 0949-2844



WISSEN, WAS ZÄHLT
Geprüfte Auflage
Klare Basis für den Werbemarkt

Herstellung

L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 1452, 47594 Geldern
Telefon 02831 396-0
Telefax 02831 396-89887
av@vdp-polizei.de

STEUERERKLÄRUNG FÜR POLIZEIBESCHÄFTIGTE

Für das Steuerjahr 2022

Von **Sven Gareiß**.



4. Auflage 2022

Umfang: 272 Seiten

Format: Broschur, 14,8 x 20,8 cm

Preis: 17,00 € [D]

ISBN: 978-3-8011-0921-9

Gerade der Polizeiberuf bringt eine Vielzahl von Besonderheiten mit sich, die auch für die jährliche Steuererklärung von Bedeutung sind. Dieser Ratgeber verschafft Polizeibediensteten einen tiefgreifenden Überblick, was sie steuerlich geltend machen können und hilft ihnen dabei, diese Ansprüche gegenüber dem Finanzamt durchzusetzen. Der Aufbau und die Darstellung folgt dabei den aktuellen Steuerklärungsvordrucken.

Auch in dieser Neuauflage begleitet der Autor den Leser Schritt für Schritt von der Erstellung der Steuererklärung bis hin zu einem möglichen Einspruchsverfahren gegen den erfolgten Steuerbescheid. Einen strukturierten Überblick über die Materie erhalten die Nutzer durch die durchgängig genutzten Symbole („Hinweis“, „Merke“, „Achtung“, „Rechtsquelle“), die zudem das Verständnis für das Thema wesentlich erleichtern. Gleiches gilt für die zahlreichen Berechnungsbeispiele wie auch Musterfälle, die der Autor mit einbringt.

Diese Ausgabe unterstützt Sie nicht nur bei der Steuererklärung 2022, sondern Sie erhalten einen wichtigen Ausblick auf alle Neuerungen für 2023 und 2024 zum Homeoffice, dem häuslichen Arbeitszimmer sowie zum Kindergeld, Kinderfreibetrag, Unterhalt und der Anpassung des Grundfreibetrages aus dem Inflationsausgleichsgesetz.

Damit bietet dieses Buch wertvolle Hilfe und Unterstützung bei der Steuererklärung, von der auch Beschäftigte außerhalb der Polizei profitieren können. Denn schließlich geht es um ihr Geld!



DER AUTOR

Sven Gareiß, Dipl.-Finw. (FH), ist Sachgebietsleiter in einem Hamburger Finanzamt und war zuvor als hauptamtlicher Dozent an der Norddeutschen Akademie für Finanzen und Steuerrecht Hamburg tätig.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

DAS OUTFIT FÜR DEINE POLIZEIARBEIT

Bequeme T-Shirts aus 100 % Baumwolle mit aufwendig bedruckten Details und eine fast originalgetreue Polizei Einsatzmütze und Polizei Basecap – genau das Richtige für alle die später einmal Polizist/in werden wollen!



POLIZEI Basecap

Material: 100 % Baumwolle. Verstellbarer Klettverschluss. Ø 20 cm. Geeignet für Kinder ab 3 Jahre.

weiß-blau 259602

7,95 € 9,95 €

POLIZEI Einsatzmütze

Oberteil aus Kunststoff – Abwaschbar. Ø 18 cm. Geeignet für Kinder ab 3 Jahre.

weiß-blau 259702

blau 259802

9,95 € 11,95 €



POLIZEI Shirt

T-Shirts aus 100 % Baumwolle mit aufwendig bedruckten Details.

13,95 € 16,95 €

Größe	92	104	116	134	152	164
Artikel-Nr.	259002	259102	259202	259302	259402	259502



**ORGANISATIONS- UND SERVICE-GESELLSCHAFT
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Werbemittelvertrieb · Postfach 309 · 40703 Hilden
Tel. 0211 7104-168 · Fax 0211 7104-4165
osg.werbemittel@gdp.de · www.osg-werbemittel.de

Letzter Bestelltermin: 28.02.2023

Bestellungen unter 100,- € zzgl. 5,50 € Versandkosten!

Weitere Polizeiartikel und nützliche
Produkte finden Sie unter:

www.osg-werbemittel.de